



Die Kommunistische Internationale

927 / HEFT 18

BERLIN, DEN 3. MAI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Der 1. Mai und die Kriegsgefahr / Humbert-Droz: Die militärische Reorganisierung des französischen Imperialismus / Bela Kun: Der Antisowjetblock der Donau-Balkanstaaten / O. Pjatnitzki: Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen Wurm: Die Weltwirtschaftskonferenz und die Arbeiterklasse / Bücher- und

Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 18 3. MAI

I N H A L T

	Seite
Der erste Mai und die Kriegsgefahr	853
Humbert-Droz: Die militärische Reorganisierung des französischen Imperialismus	857
Bela Kun: Der Antisowjetblock der Donau-Balkanstaaten	871
Pjatnizki: Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen	879
Wurm: Die Weltwirtschaftskonferenz und die Arbeiterklasse	893
A. M.: Revue des Revues	900
S. P.: Die Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien	903

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DER 1. MAI UND DIE KRIEGSGEFAHR

Der Kampftag des 1. Mai wird vom internationalen Proletariat in diesem Jahre im Kriegslärm begangen. Die gesamte imperialistische Welt führt einen räuberischen Krieg gegen das revolutionäre China. Der bestochene Verräter Tschang Kai-schek hat die Front der chinesischen Revolution den internationalen Räubern geöffnet. In allen bürgerlichen Hauptstädten wird nun fieberhaft die Frage erörtert, wie dieser Frontdurchbruch in der vorteilhaftesten Weise auszunützen sei, um die revolutionäre Bewegung der chinesischen Arbeiter und Bauern im Blut zu ersäufen. Der japanische Imperialismus simuliert eine Regierungskrise, um unter Aufgabe seiner heuchlerischen Friedensliebe mit der größtmöglichen Schnelligkeit eine offene Intervention einzuleiten. Der englische Imperialismus, dem die Darreichung der Köpfe der Hingerichteten und Füsilierten durch den elenden Verräter nicht genügt, fordert von ihm neues Blut, neue Leichname, und gedenkt darauf seine Herrschaft in China aufs neue aufzubauen. Der amerikanische Imperialismus setzt auf die Karte des vergangenen Ansehens des Renegaten Tschang Kai-schek und ist bestrebt, mit der chinesischen Bourgeoisie auf Kosten des englischen Kapitals zu einem Einvernehmen zu gelangen. Die Vielmillionenmassen der chinesischen Bauern, die erst gestern die Bahn des organisierten politischen Kampfes betreten haben und, vom heldenmütigen Proletariat geführt, im Laufe weniger Jahre sich zu einer ungeheuren klassenbewußten Macht entwickelt haben, wehren sich gegen die vereinte Flotte der Imperialisten, gegen die Tanks, gegen die Aeroplane, gegen bösartigste Provokationen und giftige Intrigen. In diesen Tagen hat der chinesische Arbeiter jene Standhaftigkeit und Hingabe an die Sache der Revolution gezeigt, die das Proletariat zum Totengräber der Bourgeoisie machen. Und der erste Gedanke des internationalen Proletariats am ersten Mai wird denn auch jenen Helden des chinesischen Proletariats gelten, die den wortbrüchigen Ueberfällen der chinesischen Bourgeoisie ausgesetzt waren, sowie jenen Tausenden und Abertausenden von Helden, die an die Stelle der Gefallenen treten, um die Verräter zu vernichten, die Militaristen, die Anhänger des imperialistischen Kapitals aus dem Lande zu jagen.

Der Krieg in China und die Vorbereitungen zum Kriege gegen die Sowjetunion sind nunmehr in ein solches Stadium getreten, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, durch bloßes Ableugnen diese Tatsachen vor den Werktätigen zu verheimlichen. Zugleich aber bildet, wie am Vorabend des Krieges von 1914 so auch heute, die Plötzlichkeit die Grundlage jenes Systems, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie bestrebt ist, die Massen der Werktätigen in den Hinterhalt des blutigen Gemetzels zu locken.

Diese Plötzlichkeit wäre aber angesichts der eingetretenen Tatsachen ganz unmöglich, wenn die Bourgeoisie es nicht verstünde, den Sinn ihrer politischen, wirtschaftlichen und technischen Vorbereitungen zum Kriege zu verdrehen. Es muß anerkannt werden, daß ungeachtet der ungeheuerlichen Lehre des Jahres 1914 diese Macht des bürgerlichen Betrugses ihre

Gewalt über die Massen noch bewahrt hat. In keinem einzigen Lande, in dem die äußere und die innere Politik der Staatsmacht auf die Vorbereitung des Krieges gerichtet ist, sind die werktätigen Massen von jenem bewußten und aktiven Alarm ergriffen, der allein dem Ernst des Augenblicks entsprechen würde. In keinem einzigen Lande sehen die Arbeitermassen jenen direkten, unmittelbaren Zusammenhang, der besteht einerseits zwischen der Offensive des Kapitals gegen die Arbeiter, der Zerstörung ihrer Organisationen, dem System der Rationalisierung, das die Zahl der Arbeitslosen automatisch erhöht, der Reorganisation der Armee auf der Grundlage des Klassenprinzips, dem Wachstum der faschistischen Organisation und der Streikbrecherkolonnen, mit einem Worte, zwischen jener Politik des Kapitals, mit der die Arbeiter jeden Tag offen in Berührung kommen, und andererseits der Vorbereitung zum Kriege, die sich bis zum letzten Augenblicke hinter einem Nebelvorhang vollzieht. So lange es der Bourgeoisie gelingen wird, diesen Zusammenhang zu verheimlichen, werden die werktätigen Massen im Kampfe gegen die sich vorbereitende Katastrophe hilflos dastehen.

Im Gesamtplan der politischen und wirtschaftlichen Vorbereitung zum Kriege nimmt im Jahre 1914 und ebenso jetzt im Jahre 1927 die Taktik der sozialdemokratischen Führer, die angeblich auf „die Bewahrung des Friedens“ gerichtet ist, einen der wichtigsten Plätze ein. Die sich häufenden gemeinsamen Tagungen der Exekutiven der II. und der Amsterdamer Internationale, die steigende Beredsamkeit der Manifeste dieser verehrlichen Organisationen, die das Laster des Krieges geißeln und die Segnungen des Friedens in den Himmel heben, die überaus komplizierten Manöver und Hinhaltungen mit Losungen, die bald die Abberufung der Truppen aus China verlangen, bald zu deren Mission faktisch ja und amen sagen, die Verteilung der Rollen unter die einzelnen reformistischen Führer, mit der Berechnung, daß die „Linken“ durch billige Kritik an den schamlosesten der Sozialverräter sich ein gewisses Kapital an Vertrauen hamstern würden — all diese reformistischen Kunststücke, Schliche, Intrigen und markierten Karten sind für die Vorbereitung des Krieges ebenso unerläßlich wie die Umgruppierung der Kräfte im Lager der Imperialisten selbst, wie deren geheime kriegerische Verschwörung und offene diplomatische Abkommen, wie das wahnsinnige Wettrüsten und die heimliche und „friedliche“ Besetzung der wichtigsten strategischen Punkte auf dem Erdball als Ausgangspositionen für einen entschlossen geführten Krieg. Und da die ganze internationale diplomatische Tätigkeit mit ihrer Spitze direkt und unmittelbar gegen die Sowjetunion gerichtet ist, so schlägt auch die entsprechende Intrige der Sozialverräter in die gleiche Kerbe. Und es ist natürlich auch keine einfache Schamlosigkeit der Bauer, Longuet und anderer, wodurch die Tatsache zu erklären ist, daß im Mai-Manifest der II. Internationale, dessen Zweck angeblich der Kampf gegen den Krieg ist, ein hinterhältiger, elender Ausfall gegen die Sowjetunion enthalten ist: auf der Börse der internationalen Chamberlains wird dieser Ausfall deshalb, und nur deshalb notiert, weil er unter Begleitung heuchlerischer Phrasen über den Kampf gegen den Krieg vorgebracht wird.

Eine Mobilisierung der Massen zum Zwecke der Abwendung des imperialistischen Krieges oder einer Umwandlung desselben in einen Bürger-

krieg ist nur möglich unter der Bedingung einer rechtzeitigen, systematischen und schonungslosen Entlarvung des sozialdemokratischen Betrugens und der sozialdemokratischen Provokation. Schon während der Kriegsvorbereitungen muß erreicht werden, daß ungesäumt, unverzüglich, sowohl die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie, wie auch die pazifistischen Kunststücke und Sophismen der Sozialkompromißler entlarvt werden, die einen unlösbaren und keineswegs nebensächlichen Bestandteil im System dieser Vorbereitungen bilden. Die kommunistische Presse muß tagtäglich zeigen, daß die bürgerliche Reaktion in allen ihren Formen im gegenwärtigen Augenblick auf das Hauptziel — die Vorbereitung des Krieges gerichtet ist. In England vollzieht sich zurzeit ein Angriff des Kapitals in breiter Front gegen die Trade-Unions, auf die Labour Party, bei gleichzeitigen Versuchen der Führer, diese Arbeiterorganisationen zu schwächen, indem sie aus ihnen die wahrhaft revolutionären, die wirklich standhaften, wirklich klassenbewußten Elemente ausstoßen. Macdonald und Thomas sind bestrebt, Chamberlain die Arbeiterfront zu öffnen, so wie Tschang Kai-schek die nationalrevolutionäre Front geöffnet hat. (Es ist deshalb durchaus verständlich, daß sowohl der „Vorwärts“ wie der „Populaire“ bei der ersten Nachricht von dem Verrat Tschang Kai-scheks sich beeilten, ihre Kußhändchen zu werfen.) Unter diesem Gesichtspunkt bildet der Kampf gegen den Ausschluß der revolutionären Elemente aus den Trade-Unions, gegen die Intervention in China, gegen den Krieg wider die Sowjetunion, gegen die Regierung des räuberischen Imperialismus, für die Einheitsfront der Arbeiter, für die Stärkung der Avantgarde dieser Front, die Kommunistische Partei — nicht mehrere verschiedene Aufgaben, sondern eine einzige, gleiche Aufgabe, die darauf gerichtet ist, die Bourgeoisie zu entwaffnen und sie der Möglichkeit zu berauben, die Menschheit in eine nie dagewesene Kriegskatastrophe zu stürzen.

In Deutschland, wo die Bourgeoisie in energischer und umfassender Weise sich auf die Teilnahme am imperialistischen Schmause und an der friedlichen Plünderung der Kolonien vorbereitet, ist diese in jedweder Weise bestrebt, die Massen in der Gewalt der Illusion zu erhalten, daß „Deutschland im Falle eines Krieges neutral bleiben werde“. Der „Vorwärts“ widmet in der letzten Zeit seine Spalten besonders gern gemütvollen Erwägungen über die Vorzüge und Vorteile einer solchen Neutralität. Die Rolle einer zarten, delikaten Opposition, die die deutsche Sozialdemokratie im Reichstag bei der Bewilligung des Budgets beobachtete, ihr papierner Widerstand gegen das Gesetz, das den Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag raubt, kann nur als Wahlmache bezeichnet werden, die allerdings auch noch ein weiteres Ziel verfolgt, und zwar die Stärkung der in der Auflösung begriffenen Autorität der Sozialdemokratie in den Arbeitermassen, um die Möglichkeit zu haben, diese Autorität, wie im Jahre 1914, im entscheidenden Augenblick des Krieges in die Wagschale zu werfen. Und wenn sich Paul Levi von dem Grade der Opposition der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion nicht befriedigt erklärt, wenn er sie wegen ihrer allzu milden Motivierung der Ablehnung des Budgets rüffelt, so bedeutet das selbstverständlich am allerwenigsten, daß Paul Levi einen ernsthaften Kampf gegen den Krieg will. Er will etwas anderes, die pazifistische Simulation, die für das Proletariat am allergährlichsten ist. Indem sich die Bourgeoisie die

Sozialdemokratie als Rückendeckung sichert, entwickelt die Bourgeoisie eiligst eine enorme Tätigkeit in der Zusammenkoppelung der verschiedenartigen faschistischen Organisationen, indem sie sie einerseits für die Zwecke der Regierung handlicher zu gestalten weiß, andererseits sie gegenüber den Arbeitern immer frecher werden läßt. Diese faschistischen Organisationen gedenkt die Bourgeoisie im Moment des Kriegsausbruches zu einer Kampftruppe auszugestalten. Der Kampf gegen den Faschismus, der Kampf gegen den Betrug der sozialdemokratischen Führer, der Kampf gegen den Krieg — das ist eine einzige Aufgabe und nicht drei verschiedene. Die reale Kriegsgefahr werden die breiten Massen der Arbeiterklasse deutlich erkennen, nachdem sie den zwischen den Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie und der wachsenden Aktivität der Faschisten bestehenden Zusammenhang begriffen haben.

In Frankreich haben die reformistischen Führer vorzeitig ihre Karten aufgedeckt und sich mehr entlarvt, als die Umstände es erforderten, indem sie in der Kammer das ultra-militaristische Gesetz bezüglich der Mobilisierung der Gesamtbevölkerung durchpeitschen halfen. Die herbe Kritik, die die Unabhängige Arbeiterpartei Englands an den französischen Sozialisten wegen dieses offenen chauvinistischen Standpunktes übte, erklärt sich natürlich in erster Linie durch die unter der englischen und französischen Sektion der II. Internationale bestehende Konkurrenz, die den Kampf zwischen den englischen und französischen Imperialisten widerspiegelt. Zugleich muß die Unabhängige Arbeiterpartei befürchten, die überflüssige Offenheit der Franzosen könnte ihr eigenes feineres Spiel zunichte machen. Ihre Ablehnung eines gemeinsamen Kampfes Schulter an Schulter mit der englischen Kommunistischen Partei, ihre Sabotage der Kampagne zum Schutze Chinas, die so weit geht, daß ihre lokalen Organisationen ihre Vertreter aus dem Komitee „Hände weg von China!“ abberiefen, als dieses den Weg des wirklichen Kampfes betreten wollte — mit einem Worte: ihre treuen Dienste für den Kapitalismus versucht sie durch das Geschwätz vom „Sozialismus in unseren Tagen“ und von der Verschmelzung der II. und III. Internationale zu drapieren. Der vor einigen Tagen stattgefundenen Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei ist das Muster eines solchen Doppelspiels. Es versteht sich von selbst, daß die französischen Sozialisten unter solchen Umständen, indem sie allzu unvorsichtig ihr wahres Gesicht enthüllten, damit zugleich auch die „makellose“ Unabhängige Arbeiterpartei kompromittierten. Daher der Zorn der englischen Pazifisten. Daher auch jener Versuch mit untauglichen Mitteln, der gegenwärtig vom Kongreß der französischen sozialistischen Partei unternommen wird, um die von Renaudel unmittelbar zum Stabe der Kriegverschwörer führenden Spuren zu verwischen. Ein vergeblicher Versuch! Unsere Partei muß den Massen zeigen, daß das Mobilisierungsgesetz nicht nur die Kriegsabsichten der Bourgeoisie enthüllt hat, sondern auch die unmittelbare Beteiligung der sozialistischen Partei an diesen Plänen. Dem Kampf des französischen Proletariats gegen alle Formen der Offensive des Kapitals, dem Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung strömen in der Situation der heraufziehenden Kriegsgefahr neue Kräfte, neue Impulse zu.

Die Maifeier muß in diesem Jahre vor allem ein Tag der Mobilisierung gegen die politische, militärische und faschistische Vorbereitung des Krieges

sein, für die chinesische Revolution, deren heldenmütige Kämpfer gegenwärtig ihre Fackeln nicht nur für die unterdrückten Völker, sondern auch für das Proletariat aller Länder entzünden, für die Sowjetunion, deren schöpferische Kraft dem Weltproletariat eine anschauliche Lehre gibt, die die Fähigkeit des siegreichen Proletariats zum Aufbau des Sozialismus beweist, für die Weltrevolution, die die Bourgeoisie mit ihrer blutigen Verschwörung gegen die Menschheit vom Antlitz der Erde wegfeigen wird.

J. H U M B E R T - D R O Z :

DIE MILITÄRISCHE REORGANISIERUNG DES FRANZÖSISCHEN IMPERIALISMUS

Nichts bezeugt besser den Schwindel und die Heuchelei der Schwätzer von Genf über die Abrüstung, als die Umgestaltung der gesamten militärischen Organisation, an die die Bourgeoisie Frankreichs hastig schreitet. Durch ein Zusammentreffen und eine Inszenierung, die gut dazu vorbereitet sind, die öffentliche Meinung zu täuschen, ist es der gleiche Mann, der in der Vorbereitungscommission für die Abrüstung im Völkerbunde den Vorsitz führt und der vor der französischen Kammer über den Gesetzentwurf über die allgemeine Mobilisierung der Nation in Kriegszeiten Bericht erstattet hat.

Dieser Mann ist der Sozialist Paul Boncour. Es ist für die Rolle der Sozialdemokratie recht kennzeichnend, daß das erste Militärgesetz, das die Folgerungen aus dem Kriege von 1914 bis 1918 zieht und die Grundlage für eine Neuorganisation der bewaffneten Kräfte des modernen Imperialismus schafft, zu einem großen Teile von einem der Führer der Sozialistischen Partei angeregt und verfaßt ist.

Die Großbourgeoisie Frankreichs hat unter den pazifistischen und philanthropischen Kleinbürgern die Painlevés, die Boncours, die Agenten gefunden, die für die Bourgeoisie einen neuen vervollkommenen Kriegsapparat ausgearbeitet haben und ihn den mit vollständiger Militarisation bedrohten Massen mit allen Raffinements ihrer auf Betrug ausgehenden Demagogie unterbreiten.

Das Gesetz, mit dem der Name Paul Boncour nunmehr verknüpft ist und das in der französischen Kammer jetzt mit allen Stimmen, von der äußersten Rechten bis zu den Sozialisten, gegen die Stimmen der Kommunisten allein angenommen worden ist, ist nur ein Teil dieser großen militärischen Reorganisation. Es wird durch drei andere Entwürfe über die allgemeine Organisation der Armee, über die Kaders und Effektivbestände und über die Rekrutierung ergänzt. Ein anderes Ergänzungsgesetz wird die körperliche Erziehung und die militärische Schulung der Jugend betreffen. Diese Gesamtheit von Gesetzen soll nach der Aeußerung des Kriegsministers die Umgestaltung der Vaterlandsverteidigung herbeiführen. In diesem neuen Militärsystem aber ist das „Gesetz Paul Boncour“ der Eckstein, der die wesentlichen Grundsätze stützt, auf denen

die gesamte Neuorganisierung beruht. Deshalb wurde es als erstes zur Diskussion gestellt, und obgleich die Kammer noch nicht an die Behandlung der übrigen Entwürfe geschritten ist, die es ergänzen, ist es der Mühe wert, die Grundsätze zu untersuchen, die ihnen zugrunde liegen und den Kriegsapparat des französischen Imperialismus vervollkommen.

I. Was sind die Ursachen der militärischen Reorganisierung?

Die Ursachen, die den französischen Imperialismus zur Umgestaltung seiner militärischen Organisation bewogen haben, sind verschiedener Art; einige von ihnen sind allgemeiner Art und ergeben sich aus den Erfahrungen und den Lehren des großen Krieges. Sie sind allen großen imperialistischen Nationen gemein.

Nach dem Kriege von 1870 war Frankreich bereits zu einer Umgestaltung seiner Militärorganisation geschritten und hatte die Berufsarmee durch die Militärdienstpflicht ersetzt. Dieser Grundsatz, auf dem die militärische Organisation des Imperialismus vor 1914 beruhte, wurde durch die Erfahrungen des Krieges, durch seine Formen und seine Dauer über den Haufen geworfen.

Die nationalen Kämpfe des neunzehnten Jahrhunderts waren, wie Boncour in seinem Einleitungsbericht zum Gesetze schreibt,

dem Wesen nach mehr Kriege von Armeen und Flotten geblieben als Kriege von Nationen; die Zivilbevölkerung erlebte wohl, nachdem sie ihre mobilisierungsfähigen Männer in den Kampf geschickt hatte, den Krieg, blieb ihm aber bis zu einem gewissen Grade fremd, und die Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Kriegführenden blieb absolut... Wie sehr haben die Tatsachen diese Begriffe widerlegt. Die Völker (im Gegensatz zu Boncour sagen wir: die Imperialisten. H.-D.), die in den Kampf verwickelt waren, verstanden dessen außerordentliche Schwere und hatten nur mehr den einen Gedanken: „Siegen!“ Sie setzten alle ihre Hilfsmittel, alle ihre Kräfte ein, nicht nur die militärischen, sondern auch die wirtschaftlichen, industriellen, finanziellen, politischen, intellektuellen, sittlichen. Unter Vergewaltigung aller wirtschaftlichen Gesetze, ohne sich darum zu kümmern, ob sich diese Gesetze nicht später rächen würden, paßten sie sie der Notwendigkeit an, der Gefahr zu begegnen. Das Spiel der Interessen, die Aktion der Propaganda, der durch die Verletzung feierlicher Verpflichtungen und die Anwendung gewisser Kriegsverfahren verursachte Tadel ließen neue Völker (Imperialisten. H.-D.) in den Kampf eintreten, die dem Kriege neue Kräfte und ergänzende Hilfsmittel zuführten.

So breitete sich der Brand aus, indem er sich ohne Unterlaß nährte.

„Völkerkrieg“, „Weltkonflikt“, „Krieg der Effektivbestände“, „Materialkrieg“, „wissenschaftlicher Krieg“, „Gesamtkrieg“, Krieg, der die gesamten menschlichen und materiellen Hilfsquellen ganzer Nationen in Anspruch nimmt, die Welt auf den Kopf stellt, immer mehr die alte Unterscheidung zwischen den Zivilpersonen und den Militärpersonen abschafft, sie alle unter verschiedenen Formen in den Kampf schleudert und nicht mehr seine Opfer auswählt, die Produktionstätigkeit jahrelang zum Stillstand bringt oder sie nur den Werken des Todes zuwendet, so sieht das Bild heute aus.“

Der „Temps“ präzisiert noch die Schlußfolgerungen, die der französische Imperialismus aus den Lehren des letzten Krieges zieht:

„Nicht mehr die Armeen, sondern die Völker sind es, die den Krieg führen; eine Nation muß mit allen ihren Kräften kämpfen und in den Kampf die Gesamtheit ihrer geographischen, technischen, intellektuellen, wirtschaftlichen Hilfsmittel werfen. Frankreich darf sich nicht mehr darauf beschränken, seine Armeen zu erhalten, es muß selbst eine Armee sein, in der jeder seinen Kampfplatz hat, sei es in der ersten Reihe, sei es im Hinterlande, für eine auf das Gemeinwohl gerichtete Aktion. Man

wird also zu einem Begriffe der Vaterlandsverteidigung geführt, der sich sehr von jenem unterscheidet, wie er bis dahin Gültigkeit hatte. Jetzt wird die größte Anstrengung gefordert, nicht mehr von der aktiven Armee, die vor allem eine Rolle der Schulung und der Deckung hat, sondern von den Reservisten, die die wahre Armee bilden, das Volk in Waffen; andererseits wird dieses Volk in Waffen seinerseits von der gesamten Nation unterstützt, die gleichfalls in unendlich verschiedener Weise am Kampfe teilnimmt.“

Aus diesen Erwägungen über die Erfahrungen des Krieges zieht Boncour folgende Hauptideen, die die Grundlage des Gesetzes bilden:

a) Den Begriff des „Gesamtkrieges“, der die gesamte Vorbereitung und Mobilisierung aller körperlichen, intellektuellen, sittlichen, wirtschaftlichen und industriellen Kräfte der Nation in sich schließt.

b) Eine absolute Militarisierung des gesamten Lebens des Landes in Friedenszeiten, so daß es in Kriegszeiten ohne Anpassungsschwierigkeiten funktionieren kann.

c) Die Beseitigung der Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Militärpersonen, die die Folge eines derartigen Begriffes ist.

Wir wollen untersuchen, wieviele der allgemeinen Grundsätze im Gesetz selbst Ausdruck gefunden haben.

Diesen allgemeinen Erwägungen, die die Umgestaltung der militärischen Organisationen bestimmt haben, um sie den Notwendigkeiten eines modernen imperialistischen Krieges anzupassen, müssen die besonderen Gründe hinzugefügt werden, die sich aus der Lage und aus den besonderen Fragen des französischen Imperialismus ergeben.

1. Die politische und wirtschaftliche Isolierung des französischen Imperialismus. Seit der Beendigung des Krieges hat er sich vergeblich bemüht, einen Garantiepakt für seine territoriale Sicherheit zu erhalten. Der Völkerbund, Locarno, die Abrüstungskonferenzen, nichts hat ihm Garantien geboten. Er weiß sehr gut, daß es sich hier nur um die zerbrechlichen Dekorationen eines Theaters handelt, in dem die imperialistischen Nationen die Komödie des Friedens vor den Völkern spielen, die die Opfer und Betrogenen der Imperialisten sind.

Das imperialistische Frankreich fühlt sich immer mehr vom britischen Imperialismus eingekreist, der die Gelüste des faschistischen Italien und dessen klar und offen gegen die vom französischen Imperialismus eroberten Stellungen gerichtete Mittelmeer- und Balkanpolitik offen unterstützt. Die Unterredungen von Thoiry, die eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland vorbereiten sollten, haben wegen der beträchtlichen Schwierigkeiten einer derartigen Annäherung keine weiteren Folgen gezeitigt. Im Gegenteil, Deutschland orientiert unter der Maske strenger Neutralität seine Außenpolitik immer mehr nach der anglo-italienischen.

Der „Temps“ macht sich zum Sprachrohr der Beunruhigung darüber und bekräftigt:

„Weder Genf, noch Locarno, noch Thoiry gestatten uns, uns auf ein Mindestmaß militärischer Sicherheit einzustellen. Wir brauchen auf jeden Fall ein Höchstmaß militärischer Sicherheiten, welches immer im übrigen die Bemühungen der Ministerien um die Organisation des Friedens sein mögen.

Und dieses Höchstmaßes bedürfen wir sofort.“

2. Die Aussicht auf die Räumung des Rheinlandes in dem Augenblicke, in dem Deutschland seine Stellung

als große imperialistische Nation wiedereinnimmt. Die Besetzung nimmt laut dem Vertrag von Versailles im Jahre 1935 ein Ende, aber die französische Regierung schließt nicht die Möglichkeit aus, über eine frühere Räumung mit Deutschland zu verhandeln. Sie kann die Aufgabe des Rheinlands nur dann ins Auge fassen, wenn sie sich eine vervollkommnete Militärorganisation geschaffen haben wird, die es ihr gestattet, die besetzten Gebiete ohne Furcht für ihre Grenzen im Norden und Osten zu räumen.

3. Die Verminderung der Bevölkerung Frankreichs bringt eine Verminderung der Rekruten und der militärischen Effektivbestände mit sich. Die Wirkungen dieses Geburtenrückganges werden besonders im Jahre 1935 fühlbar sein, wenn die während des Krieges geborenen Generationen in die Kasernen werden berufen werden. Diese Aussicht mußte den französischen Imperialismus dazu treiben, einer derartigen Lage durch eine Reorganisation seiner Armee abzuweichen, die eine Verminderung der Effektivbestände ohne Schwächung seiner militärischen Kraft gestattet.

4. Die finanziellen Schwierigkeiten des französischen Kapitalismus, die Unmöglichkeit, in Friedenszeiten die gewaltigen Reserven von Kriegsmaterial zu schaffen, die im Krieg benötigt werden, machen es notwendig, die gesamte Industrie auf eine schnelle Anpassung an die Bedürfnisse des Krieges vorzubereiten.

5. Die Erfahrungen der Kolonialkriege in Syrien, Marokko und China und die Aussichten auf die Entwicklung der revolutionären Bewegungen in den Kolonien, zwingen den französischen Imperialismus, seine Kolonialarmee zu verstärken und die Bevölkerung der Kolonien den gleichen allgemeinen Mobilisierungsverfügungen zu unterwerfen wie die Bevölkerung Frankreichs.

6. Die Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung und deren Protest gegen den Krieg durch die Mobilisierung der Arbeiterorganisationen, durch die Schaffung zahlreicherer und stärkerer Berufsmilitärkaders, durch eine Vermehrung der Gendarmerie usw. zu ersticken.

7. Schließlich gestattet diese militärische Reorganisation dem französischen Militarismus, indem sie diesen mit einem vollkommeneren Kriegsinstrument gegen seine Rivalen, gegen die Kolonialvölker und die Arbeiterklasse ausstattet, sich den Massen unter der trügerischen Maske des Pazifismus vorzustellen.

Die Arbeiter- und Bauernmassen Frankreichs hatten die Verminderung der Dienstzeit gefordert und heftig gegen die skandalösen Kriegsgewinne protestiert, sie hatten bei den Wahlen im Mai 1924 den Nationalen Block wegen seines Militarismus und wegen seines Ruhrabenteuers gestürzt. Der Linksblock mit den Sozialisten an der Spitze hatte demagogische Versprechungen gemacht.

Die militärische Reorganisation bietet dem französischen Imperialismus den doppelten Vorteil, daß sie ihm gestattet, seinen Militärapparat zu vervollkommen und das ganze Land zu militarisieren, indem sie die Effektivbestände vermindert, die Dienstzeit von 18 Monaten auf 1 Jahr herabsetzt und seinen Militarismus unter einer großsprecherischen Phraseologie von Demokratie und Pazifismus verbirgt, die von den Sozialisten und den

„Linken“ geliefert wird. Man kann so den Massen scheinbar Zugeständnisse machen, während man sie in Wirklichkeit in einen in der Geschichte noch nicht dagewesenen militärischen Apparat hineinzwängt.

II. Die wichtigsten Besonderheiten des Gesetzes

1. Der Artikel 1 des Gesetzes besagt klar und zynisch, was der französische Imperialismus und sein Lakai Boncour unter Gesamtmobilisierung verstehen:

„In Kriegszeiten sind alle Franzosen und Nachkommen von Franzosen, ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, gleich allen gesetzmäßig gebildeten Vereinigungen angehalten, an der Verteidigung des Landes und an der Erhaltung seines materiellen und moralischen Lebens teilzunehmen.“

Frauen, Kinder und Greise von Frankreich und der Kolonien werden also erfaßt. Die Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Kriegführenden ist abgeschafft. Jedermann wird mobilisiert und militarisiert. Dies bedeutet, daß allen die Vaterlandsverteidigung und die Militärdisziplin aufgezwungen werden und daß das Land in eine Kaserne verwandelt wird. Diese Bestimmung des Gesetzes mußte unvermeidlich Proteste, besonders bei den Frauen, hervorrufen. Boncour, der sich nicht nur in der französischen Kammer, sondern auch vor der öffentlichen Meinung zum Verteidiger des Gesetzes gemacht hat, antwortet in einem Artikel des „Populaire“ auf die Proteste von Frauen:

„Frauen protestieren? Aber woraus entnehmen sie, daß es sich für sie um eine Mobilisierung im autoritären und militärischen Sinne des Wortes handelt? Es handelt sich nicht darum, Frauen, die Kinder haben und sie erziehen, ihrem häuslichen Herde zu entreißen. Der größte Dienst, den diese dem Vaterlande erweisen können, besteht darin, Kinder zu haben und sie zu erziehen. Es handelt sich nur darum, die Dienste vorzusehen, die die Frauen bei der Gesamtmobilisierung werden leisten können...“

Die Mutter erfüllt also ihre militärische Pflicht, indem sie Kanonenfutter gebiert. Hält sie aber der Imperialismus von jedem anderen Militärdienst frei? Nein! Einige Zeilen später verteilt Boncour die Rollen der Frauen Frankreichs im Kriege, der Arbeiter- und Bauernmütter und der Müßiggängerinnen der Bourgeoisie:

„Und wenn man an die zahlreichen Arbeiterfrauen denkt, die in den Betrieben gearbeitet haben, um sich ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder zu verdienen; wenn man an die Bauernfrauen denkt, die den Boden bestellt haben, als die Männer fort waren, was wäre da Schlechtes daran, wenn so und so viele Müßiggängerinnen die Kinder jener hüten würden, während diese arbeiten?“

Den Arbeiterfrauen die harte Arbeit im Betriebe, um in der Produktion den Vater zu ersetzen, der als Kanonenfutter dienen soll, der Bauernmutter die rauhe Feldarbeit, während sich der Bauer an der Front töten läßt, und der bürgerlichen Frau, der zartbesaiteten Müßiggängerin, der Spaziergang mit den Kindern, denn die Arbeiterinnen und die Bäuerinnen müssen neue Generationen weitergebären, die für die künftigen Kriege bestimmt sind.

Diese Pfaffenphilantropie, dieses Klassenrecht ist eines Führers der II. Internationale wohl würdig.

2. Die Gesamtmobilisierung findet nicht nur im Falle des Krieges statt. Artikel 5 des Gesetzes sieht vor, daß

„im Falle allgemeiner oder teilweiser Mobilisierung alle am Werke der Vaterlandsverteidigung teilnehmenden Personen an der Stelle verwendet werden, an der sie die nützlichsten Dienste leisten können, und daß ihnen diese Stelle bereits in Friedenszeiten zugewiesen werden muß.“

Es kann also jedermann bereits in Friedenszeiten an die Stelle versetzt werden, die ihm die Militärbehörden für die Kriegszeiten zuweisen. Dies ist die gründlichste Vorbereitung zur Verwendung jedermanns im großen Kriegsapparat.

3. Der Artikel 1 hat bereits darauf hingewiesen, daß „alle gesetzmäßig gebildeten Vereinigungen gehalten sind, an der Verteidigung des Vaterlandes teilzunehmen.“ Die Arbeitergewerkschaften waren unter dem allgemeinen Begriff eingeschlossen, aber der Artikel 2 ist genauer und läßt keinen Zweifel übrig. Die Regierung kann für die Befriedigung jeglicher Bedürfnisse der bewaffneten Kräfte die Dienste erstens aller Personen, zweitens aller Gewerkschaften, Vereinigungen, Gesellschaften, Unternehmungen oder Gruppierungen jeder Art beanspruchen.

Dies ist die Zähmung der Arbeiterorganisationen, ihre Militarisierung und die Bedrohung jeglichen Versuchs eines Kampfes gegen den Krieg mit der Hinrichtung. Dies ist auch die Nutzbarmachung dieses gewaltigen Kriegsapparates bei den sozialen Konflikten durch die Teilmobilisierung der Arbeiterklasse. Der Pariser „Peuple“ bemüht sich, die Beunruhigung der reformistischen Gewerkschaften zu besänftigen, indem er schreibt:

„Auf Eingreifen der Sozialisten wurde in den Entwurf aufgenommen, daß die Armee nur ganz ausnahmsweise bei den sozialen Konflikten verwendet werden soll, und daß die Aufrechterhaltung der Ordnung ausschließlich dem Innenminister zusteht.“

Diese Fassung ist die skandalöseste Abdankung des Reformismus vor der Militärmacht, der schmachlichste Verrat an der Arbeiterklasse. Die Sozialisten nehmen an und schlagen selbst vor, daß die Armee bei den sozialen Konflikten eingreife. Sie bilden sich ohne Zweifel nicht ein, daß sie gegen die Unternehmer eingesetzt wird, und sie wissen aus der Geschichte des Proletariats Frankreichs, was das Eingreifen der Armee bei den Streiks bedeutet. Auf sie kommt von jetzt ab das Blut der Arbeiter, das durch das Eingreifen der Armee bei den sozialen Konflikten fließen wird. Die Worte „ganz ausnahmsweise“ sind nur papierne Bürgschaften, mit denen sich nur die sozialistischen Führer zufrieden geben können, um ihren Verrat zu maskieren.

4. Die Militarisierung des gesamten Lebens der Nation in Friedenszeiten ist eine der Hauptneuerungen des Gesetzes. Alle Produktions- und Handelsmittel müssen schon in Friedenszeiten registriert und ihrer Verwendung im Kriege angepaßt werden. Die Erfahrungen des großen Krieges haben gezeigt, daß man während des Krieges diese Militarisierung inmitten gewaltiger Schwierigkeiten und unter großem Risiko improvisieren mußte. Jetzt handelt es sich darum, die industrielle Mobilisierung auf das genaueste vorzubereiten. Boncour schreibt darüber:

„Am Tage der Mobilisierung wird, gleich einem Uhrwerk, alles, was für den Frieden hergestellt wurde, für den Krieg hergestellt zu werden beginnen.“

5. Eine Militarisierung aller Ministerien ist die Folge dieser Gesamtmobilisierung. Der Apparat des Staates wird durch die Schaffung einer Mobilisierungskommission in jedem Departement reorganisiert werden, die damit

beauftragt sein wird, alle Verfügungen zu treffen, um den gesamten Tätigkeitszweig zu militarisieren, der von diesem Departement abhängt.

Das Gesetz sieht auch die Organisierung von 20 Mobilisierungsgebieten vor, deren Rolle nicht nur militärischer Art ist, sondern die auch den großen Wirtschaftsgebieten entsprechen, in denen die Mobilisierung aufs genaueste auf allen Tätigkeitsgebieten vorbereitet werden muß. An der Spitze dieser Gebiete wird eine Zivilbehörde stehen, jedoch ergänzt durch einen höheren Offizier, der die tatsächliche Leitung des Gebietes im Falle der teilweisen oder gesamten Mobilisierung in die Hand nehmen wird. Die Sozialdemokraten, die an dem Gesetz mitschuldig sind, haben veranlaßt, daß Beratungskommissionen bei diesen Gebietszentralen und bei den von der Mobilisierung betroffenen Ministerien geschaffen werden, Kommissionen, in denen „die Arbeiter- und Unternehmervereinigungen vertreten sein müssen“. Aus diesen Maßnahmen ergibt sich klar die Rolle, die die Reformisten der Arbeiterklasse während des Krieges zuzuschancen gedenken. Es ist dies die aktivste Zusammenarbeit, der vollständigste Burgfrieden mit den Kräften des Imperialismus.

6. Eine beträchtliche Erhöhung der Anzahl der Berufsmilitärs. Von 70 000 sollen sie auf 108 000 steigen. Diese ständigen Kaders sollen die Rekruten und die Reservisten erziehen und schulen. Die Verminderung der Effektivbestände der Kasernenarmee und eine Begrenzung der Dienstzeit, die die Sozialisten als große Errungenschaften hinstellen, können in der Tat nur durch die Erhöhung der Kaders von Berufsmilitärs, durch die systematische militärische Erziehung der Jugend von 6 bis 20 Jahren und durch die regelmäßige Schulung der Reservisten während eines Zeitraumes von 27 Jahren nach der Rekrutenschule erzielt werden.

7. Diese Herabsetzungen der Bestände der aktiven Armee werden auch durch ein vollständigeres Verteidigungssystem der Grenzen durch die mit besseren modernen technischen Mitteln ausgestatteten Befestigungen wettgemacht. In diesem Jahre ist eine Summe von 8 Milliarden Franken für diesen Zweck vorgesehen.

8. Verstärkung des Kolonialheeres auf 180 000 Mann. Einrichtung besonderer Gendarmeriekorps und Anstellung von 30 000 Zivil- und Militärbeamten für die Bedürfnisse der Verwaltung der Armee usw.

9. Dieses Militärsystem wäre nicht vollständig, wenn es nicht zur Erhaltung der Moral der Nation vorsehen würde

„die Verstärkung der Vollmachten der Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Weit davon entfernt, zu verschwinden, scheint diese Notwendigkeit in der Zukunft noch gebieterischer sein zu müssen.“

Um zu vermeiden, daß die jungen Rekruten von 20 Jahren mit den Arbeitermassen in Berührung gelangen, sieht das Gesetz besondere Korps vor, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bestimmt sind.

Diese Hauptgrundsätze des „Gesetzes Paul Boncour“ genügen, um nachzuweisen, in welcher Richtung sich der französische Imperialismus orientiert, um sein Militärsystem zu vervollkommen.

III. Die Rolle der Sozialistischen Partei

Die sozialistische Fraktion im Parlament hat sich mit Paul Boncour vollständig solidarisiert. Sie hat dieses Projekt verteidigt und einmütig dafür

gestimmt. Nun bemüht sie sich, es der Arbeiterklasse als ein sozialistisches Gesetz darzustellen, das von dem demokratischen und pazifistischen Geiste Jaurès durchdrungen sei.

Indessen ist der Wortlaut des Gesetzes allzu klar, die Zwangsjacke der Militaristen allzu augenfällig, als daß die Arbeitermasse und die Bauern sich von der sozialistischen Demagogie Sand in die Augen streuen lassen. Der „T e m p s“ selbst hat seine Zweifel darüber ausgedrückt, ob es nützlich war, die Dinge so gerade heraus zu sagen, wie es in dem Gesetze geschieht:

„Wenn man die Verfügungen, die soeben angenommen wurden, liest, so hat man den Eindruck einer allumfassenden Militarisierung!“

Wenn sogar der „Temps“ diesen Eindruck hat, so werden die Opfer dieses Gesetzes noch eine viel stärkere Gewißheit von der Gefahr, die sie bedroht, empfangen.

Man hat versucht, diese Rückwirkung auf die öffentliche Meinung durch zahlreiche Manöver, die bestimmt sind, dieses Gesetz so wenig als möglich öffentlich bekanntzumachen, zu vermeiden. Das Gesetz war im letzten Augenblicke vorgelegt worden, man hat es in aller Eile erörtert und es wurde dann einstimmig — bloß die Kommunisten stimmten dagegen — angenommen. Wenn unsere Genossen nicht eine Diskussion herausgefordert und erzwungen hätten, wäre dieses Gesetz, das so schwerwiegende Konsequenzen hat, in e i n e r Sitzung erledigt worden. Dieser Versuch, die Diskussion im Keime zu ersticken, war zweifellos dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der Massen von dieser vollständigen Militarisierung abzulenken.

Dank der Aktion der Kommunistischen Partei wurde jedoch die Aufmerksamkeit der Massen geweckt und es bemächtigte sich große Erregung der Arbeitermasse, eine Erregung, die selbst die Reihen der sozialistischen Partei ergriff. Léon B l u m , der dem Gesetze während dessen Beratung in seinen täglichen Artikeln keinerlei Aufmerksamkeit gezollt hat, ist genötigt, am 1. April im „P o p u l a i r e“ „einige notwendige Erklärungen“ zu geben. Er kann nicht umhin, zunächst die Unruhe zuzugeben, die sich der Sozialistischen Partei bemächtigt hat:

„Es ist immer vergeblich, sich die Wahrheit verheimlichen zu wollen. Die Einmütigkeit, mit der die parlamentarische Gruppe dem Gesetz ‚über die allgemeine Mobilisierung der Nation in der Zeit des Krieges‘ zugestimmt hat, ruft in unseren Sektionen eine wachsende Unruhe hervor. Die scharfe Kampagne, die vom Tag an von den Kommunisten mit Unterstützung gewisser radikaler Publizisten in Szene gesetzt wurde, hat eine gewisse Anzahl unserer Genossen verwirrt, und ich wäre erstaunt, wenn es möglich wäre, auf dem Kongreß von Lyon eine ernste Debatte über diesen Gegenstand zu vermeiden.“

Als aber dann diese Frage auf dem Bezirksparteitag des Seine-Bezirktes, der zur Vorbereitung des Kongresses von Lyon stattfand, aufgerollt wurde, versuchte man trotz der Ansicht Blums, die Diskussion zu ersticken.

Die sozialistischen Führer wollen das Gesetz verteidigen, indem sie dessen demagogischen Artikel auszunutzen trachten. Abgesehen von den schon angeführten Bestimmungen des Gesetzes, versuchen die Sozialisten zwei Bestimmungen auszuwerfen, die sie für wesentlich halten, die aber in Wirklichkeit nichts anderes als Theaterdekorationen sind, welche ein Windstoß leicht umwirft. Da ist zunächst der Artikel, der besagt, daß die allgemeine Mobilisierung nur „für den Fall, daß ein offenkundiger Angriff das Land

in die unmittelbare Notwendigkeit versetzt, sich zu verteidigen, und in den Fällen, die durch den Pakt des Völkerbundes vorgesehen sind“, angeordnet werden wird. Aus dieser Phrase ziehen die Sozialisten die Schlußfolgerung, daß das Gesetz einzig und allein defensiv sei.

Nach der Erfahrung der letzten Kriege wäre es überflüssig, diese kindische Idee im einzelnen zu kritisieren, wonach es möglich sei, zu bestimmen, wer in dem Labyrinth der diplomatischen Intrigen der Lockspitzel der imperialistischen Raubgier, wer der angreifende und wer der verteidigende Teil ist.

Der Völkerbund hat nach seinem lächerlichen Bankrott in allen Konflikten und nach seinem jüngsten Versagen im italienisch-jugoslawischen Konflikt und im imperialistischen Kriege gegen China zur Genüge gezeigt, daß er nur eine Agentur des Imperialismus ist, die sich still verhält, wenn die großen imperialistischen Mächte sich auf die schwachen Nationen stürzen (Marokko, Syrien, Abessinien, Albanien, China usw.) und daß er im Falle eines Konfliktes zwischen rivalisierenden imperialistischen Mächten nicht imstande wäre, zu bestimmen, welche Macht der angreifende Teil ist. Sein Bankrott ist für jedermann, der ihn seit seiner Gründung am Werke (?) gesehen hat, offenkundig. Nur die Sozialdemokraten, die jeden Glauben daran verloren haben, daß die revolutionäre Aktion der Massen dem Kriege und seinen Ursachen ein Ende setzen kann, sind noch imstande, mit dem Pazifismus ängstlicher Kleinbürger unter der Friedenspalme von Genf Schutz zu suchen. Die neue militärische Organisation Frankreichs ist nicht eine Waffe der Verteidigung, sie ist vielmehr die gewaltige Maschine eines Imperialismus, der den Krieg bis ins kleinste Detail vorbereitet und der auf eine vollkommene Militarisation der ganzen menschlichen Aktivität hinzielt.

Der „Temps“ nimmt es auf sich, die großsprecherische Demagogie der Sozialisten über den Defensivkrieg, über die demokratische Armee, über die bewaffnete Nation mit der kalten Dusche seines Urteils als Organ der imperialistischen Großbourgeoisie abzukühlen:

„Man muß mit allem Nachdruck sagen, daß sich die äußerste Linke gründlich irrt. Der Begriff der bewaffneten Nation hat eine nicht minder technische, nicht minder militärische, nicht minder demokratische Bedeutung als dieser oder jener andere Begriff. Dieser Begriff ist nicht eine ungefähre, ein leichtfertige oder eine geräuschvolle Lösung. Er verpflichtet im Gegenteil das Land zu einer noch genaueren Vorbereitung, zu einer noch allgemeineren „Militarisierung“, zu einer noch exakteren Technik; er zwingt die in Betracht kommenden Bürger zu Leistungen, welche die Wahlberedsamkeit zu verheimlichen suchen kann, die aber nicht weniger schwerwiegend sind...“

Der „Temps“ bringt zweifellos die Gedanken der französischen Bourgeoisie besser zum Ausdruck als die Herren Blum und Boncour, er interpretiert besser die Absichten, die sie mit der neuen militärischen Organisation verbindet, die sie mit der fieberhaften und lärmenden Hilfe der Sozialisten, welche die scheußlichen Akte des Militarismus mit ihrer humanitären Phraseologie verschleiern, aufrichtet. Waren die Expeditionen nach Marokko und Syrien ein Verteidigungskrieg? Ist die bewaffnete Intervention in China ein Verteidigungskrieg? Frankreich hat seit Ende des Krieges von 1914/18 zwei Kolonialkriege geführt, die nichts von einem Charakter eines Verteidigungskrieges an sich hatten.

Eine andere Neuerung des Gesetzes, durch welche die Sozialisten das

gesamte Gesetz legitimieren möchten, ist die Bestimmung, die die Kriegsgewinne beseitigt. Die gesamte Industrie ist dadurch, daß sie für die bewaffnete Nation arbeitet, einem Regime der Mobilisierung und der Requisition unterworfen, das die Kriegsgewinne beseitigt. Man kann sich wohl eine Vorstellung davon machen, welchen Eindruck die Sozialistische Partei bei einer Bevölkerung, die nicht aufgehört hat, gegen die skandalösen Kriegsgewinne zu protestieren, mit solch einer Bestimmung schinden kann. Aber die bürgerliche Presse hat bereits zu verstehen gegeben, daß die Anstrengung der Produktion geringer wäre, wenn sie nicht durch die Lockspeise eines Gewinnes aufgestachelt würde, und so ist der Kriegsgewinn bereits unter verschiedenen Formen wieder ans Tageslicht gekommen: Verzinsung des beteiligten Kapitals, Auszahlung eines Gehalts für die Arbeit des Unternehmers, Entschädigung für die Abnutzung der Werkzeuge, verschiedene Produktionsprämien, und all das, was das Gesetz nicht erwähnt, was aber die Haifische des Krieges von einer in ihrem Solde stehenden und von ihrer Gnade abhängigen Regierung zu erreichen entschlossen sind. Das „sozialistische“ Prinzip von der Abschaffung des Kriegsgewinns gehört auch zu den papierenen Dämmen, die dem Völkerbund vergleichbar sind und die die allgemeine Mobilisierung hinwegfegen wird.

Blum, der die ganze Schwäche dieser Verteidigung bis ins einzelne angesichts der Empörung der Parteimitglieder fühlt, stellt die Frage des Prinzips: Die Rolle der Sozialdemokratie gegenüber dem Kriege. Er schreibt im „Populaire“:

„Ist, vor allem, die Partei der Ansicht oder vielmehr, ist sie auch weiterhin der Ansicht, daß für das Proletariat im kapitalistischen Regime eine Pflicht der nationalen Verteidigung besteht? Oder hat sie ihre Einstellung geändert? Hat sie sich der kommunistischen These, die wir in Tours verworfen haben, angeschlossen? Ist sie von Stunde an mit dem Bolschewismus der Ueberzeugung, daß die Pflicht der nationalen Verteidigung für das Proletariat erst von dem Augenblick gegeben ist, in dem es die Macht ergriffen, und erst als Konsequenz dieser Machtergreifung?“

Wenn die kollektive Pflicht besteht oder weiterbesteht, hat dann die Partei von vornherein an der Vorbereitung dessen zu arbeiten, was eventuell die Verteidigung des mit Gewalt besetzten Landes wäre? Oder soll man die Erfahrung von 1914 vernachlässigen, auf die Gefahr hin, sie von neuem machen zu müssen? Soll man sich im gegebenen Falle ungeordneten Improvisationen aussetzen, die schon so viele Milliarden und insbesondere so viele Menschenleben gekostet haben?“

Die Frage ist damit auf ihren richtigen Boden gestellt worden. Um die bürgerliche Ordnung zu verteidigen, muß sich der Sozialismus mit dem Imperialismus verbinden, muß dessen Interessen verteidigen, muß für ihn die Kriegsmaschinen vorbereiten, welche die Arbeiter- und die Bauernmassen, die Frauen, die Kinder und die Greise zum Kanonen- und Arbeitsfutter, das dem absolutesten Militarismus ausgeliefert ist, machen wird. Der Sozialismus wird zum Lakaien des Imperialismus, zum Zutreiber von Menschenfleisch. Als unser Genosse Renaud Jean die Beratung des scheußlichen Gesetzes in der französischen Kammer erzwungen und als er mit aller Energie die kommunistischen Anschauungen über den Krieg, über die angebliche nationale Verteidigung, über die Rolle des Imperialismus dargelegt hat, waren es die Sozialisten Paul B o n c o u r und R e n a u d e l, die eiligst versuchten, die kraftvolle Lehre des revolutionären Sozialismus zu widerlegen und zu zerstören.

Der „T e m p s“ bezahlt diese Dienste, indem er am Tage darauf den

beiden Sozialisten die 30 Silberlinge des Judas ins Gesicht schleudert. Er schreibt:

„Zwei Sozialisten, die Herren Renaudel und Paul Boncour, haben diesen verbrecherischen Hirngespinnsten (der Rede von Renaud Jean) eine Argumentation entgegengehalten, die die reinsten Nationalisten nicht Lügen gestraft hätten.“

IV. Die Aktion der Kommunistischen Partei

Unsere Partei führt gegen das Gesetz Paul Boncour und gegen die militärische Reorganisation des französischen Imperialismus eine ihrer besten Kampagnen. In ihrem theoretischen Organ, den „Cahiers du Bolchevisme“, hat sie auf eine jedes Detail berücksichtigende Art und Weise die Grundzüge des Gesetzes und seine tiefen Ursachen gekennzeichnet. Sie hat die Aktion der Sozialistischen Partei entlarvt und die Illusionen über die „Armee der Verteidigung und der Demokratie“ zerstört. Und sie hat dann klar aufgezeigt, welche Ziele der französische Imperialismus verfolgt:

„Defensivkrieg, Krieg der nationalen Verteidigung, Abwehrkrieg — sagen Paul Boncour und die anderen Tenore des französischen ‚Sozialismus‘. Nein: ‚Krieg, der nur eine der Formen der allgemeinen Politik des Landes sein wird,‘ antwortet der Imperialismus. Und wir fügen hinzu: Imperialistischer Krieg zur Einheimung neuer Profite und um Eroberung neuer Absatzmärkte, imperialistischer Krieg um die Hegemonie auf dem Weltmarkt, imperialistischer Krieg um eine neue Teilung der Welt, das ist die unvermeidliche Perspektive des Imperialismus.“

Die Kommunistische Partei war die einzige, die im Parlament einen energischen Kampf gegen das Projekt Paul Boncour geführt hat. Sie hat verhindert, daß das Taschenspielerkunststück gelang, durch welches die Sozialisten und die Bürgerlichen die Diskussion vereiteln wollten, und sie hat eine Debatte heraufbeschworen, in deren Verlauf sie von der Parlamentstribüne herab den Alarmruf erschallen ließ, der die Aufmerksamkeit der Massen der Arbeiter und Bauern auf sich gelenkt hat. Renaud Jean erklärte die Stellung unserer Partei gegenüber dem Imperialismus und dem Kriege: „Das Proletariat wird den imperialistischen Krieg in einen Klassenkrieg verwandeln!“. Dem Plan der Militarisierung der Arbeiterorganisationen, ihres Denkens und ihres Bewußtseins, wie dies die Sozialisten vorbereiteten, hat unser Vertreter die revolutionäre Aktion der Massen gegenübergestellt, die Widerstand leisten und die Zwangsjacke, mit der sie der Imperialismus ersticken will, zerreißen werden.

Unsere Partei hat den Kampf gegen das Gesetz, Artikel für Artikel, geführt. Sie hat den Kampf durch die „Humanité“ aus dem Parlament in die Massen getragen. Sie hat durch gewaltige Meetings die Arbeiter mobilisiert, und es ist ihr gelungen, selbst in die Reihen der Sozialistischen Partei Unruhe und Besorgnis zu tragen. Die sozialistische Linke, die um den „Funken“ gruppiert und so oft konfusionistisch eingestellt ist, ist unserer Partei auf den Boden des antimilitaristischen Kampfes gefolgt.

Die Arbeitergewerkschaften beschließen Resolutionen gegen den Plan der Militarisierung. Die CGTU hat hier ein herrliches Betätigungsfeld, um in Hinsicht auf die reformistischen Gewerkschaften, die gleichfalls unruhig und gegen ihre Mobilisierung eingestellt sind, eine Aktion der Einheitsfront ins Werk zu setzen.

Unsere Partei trifft gleichfalls alle Maßnahmen, um ihre antimilitaristi-

sche Arbeit in der Armee und besonders unter den Reservisten, deren Geist unserer Propaganda besonders zugänglich ist, fortzusetzen.

In der zweiten Hälfte des April führte unsere Partei eine große Kampagne, wobei sie dieses Gesetz der militärischen Mobilisierung Frankreichs mit den Kriegsgefahren, die der Sowjetunion drohen, und mit dem revolutionären China in Verbindung brachte.

In dieser energischen Aktion gibt es nur einen Mißton. Der Genosse Marion hat in den „Cahiers du Bolchevisme“ einen Artikel, betitelt „Der französische Imperialismus weicht zurück“ veröffentlicht, in dem er sich zu zeigen bemüht, daß sich der französische Imperialismus auf sich selbst zurückzieht, daß er auf den Kampf um den Weltmarkt verzichtet und seinen Horizont auf den inneren Markt und seine Kolonien einschränkt. Wenn eine solche Anschauung zur Meinung der Partei würde, so würde sie den ganzen Schwung unserer Aktion gegen das militärische Gesetz lähmen und die sozialistischen Lügen über den defensiven Charakter der militärischen Reorganisation rechtfertigen. Die Revision des Zolltarifs, die Marion zu seinen falschen Schlußfolgerungen führt, hat zweifellos den Sinn eines verstärkten Protektionismus; aber es ist offenkundig, daß der französische Imperialismus es nicht nur darauf abgesehen hat, den inneren Markt zu schützen, sondern vor allem darauf, diesen neuen Zolltarif auszunutzen, um neue Handelsabkommen mit den anderen Nationen in die Wege zu leiten und eine Waffe zu haben, dank der er als Tausch für die zolltariflichen Zugeständnisse größere Exportmöglichkeiten erhalten könnte. Die Revision des Zolltarifs ist also eines der Mittel zur Ausdehnung des französischen Imperialismus, ist eine Waffe, um die Tore dem Export seiner Produkte zu öffnen. Diese falsche Theorie des Genossen Marion über das Zurückweichen des französischen Imperialismus hat bisher keinerlei Einfluß auf die Kampagne der Kommunistischen Partei gegen die militärische Reorganisation ausgeübt. Diese geht vielmehr energisch weiter und bringt große Massen in Bewegung. Schon geht die Regierung, die über diese Propaganda und ihre Wirkungen beunruhigt ist, daran, revolutionäre Vorkämpfer der Arbeiterklasse einzukerkern, schon verdoppelt und verdreifacht sie ihre Verfolgungen und bereitet ein großes „kommunistisches Komplott“ vor.

V. Die Rückwirkungen im Schoße der II. Internationale

Die Haltung der Führer der französischen Sozialistischen Partei hat nicht nur in die Massen der Sozialistischen Partei Beunruhigung getragen, sie hat lebhaft Diskussionen selbst im Schoße der anderen Sektionen der II. Internationale hervorgerufen.

In Oesterreich, in Belgien, in der Schweiz, in England, in Skandinavien haben sich die Bruderparteien gerührt und diskutieren in ihrer Presse oder in ihren Versammlungen die Politik der Sozialdemokraten in Frankreich.

Die belgischen Sozialisten, deren nationale Interessen mit denen des französischen Imperialismus verknüpft sind, stimmen dem Gesetz Paul Boncour zu und verteidigen es.

Der „Peuple“ von Brüssel schreibt sogar, „daß dieses Gesetz einen Grundstein des europäischen Nachkriegsbäudes bilden wird“. Und er fügt hinzu:

„Wie, wird man vielleicht fragen, ist dies das Projekt einer Regierung, die nicht müde wird, ihren eminent pazifistischen Geist zu beteuern, und die in Genf beständig die internationale Abrüstung vorbereitet? Wie konnte sich Paul Boncour als Verteidiger vor dieses Projekt stellen? Wie konnte die sozialistische Gruppe in der französischen Kammer, die in keiner Weise des Nationalismus oder des Militarismus verdächtig ist, dafür stimmen? Liegt hier nicht eigentlich geradezu die Vorbereitung des Krieges, die Militarisierung der Nation vor?

Diese Fragen wurden in der Tat von aktiven Sozialisten in verschiedenen Ländern gestellt. Man kann aber zumindest von ihnen verlangen, daß sie nicht allzu große Hast an den Tag legen, um eine Maßnahme zu verdammen, der die einmütige Zustimmung der sozialistischen Partei Frankreichs zuteil geworden ist.“

Aber die interessanteste Diskussion ist die, welche zwischen den Franzosen und Engländern stattfindet. Die Engländer, deren Imperialismus nie aufgehört hat, die imperialistischen Ziele Frankreichs zu hemmen, und die mit ihrem Imperialismus verknüpft sind so wie die Franzosen mit ihrem, mußten wohl am stärksten reagieren.

Der Kampf der imperialistischen Rivalen hat seine direkte Rückwirkung in der II. Internationale; wenn sich die Herren in den Haaren liegen, macht es ihnen das Gesinde nach.

Das Organ der Unabhängigen Labour Party, „New Leader“, hat die imperialistische Politik der französischen Sozialisten lebhaft angegriffen. In seiner Ausgabe vom 11. März brandmarkt es die militaristischen Vorbereitungen Frankreichs, Italiens, Jugoslawiens, Ungarns und Rumäniens — England wird dabei verschont — und fährt dann fort:

„Wir beginnen an der Macht und an dem Willen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung zu verzweifeln, wenn wir erfahren, daß die Sozialistische Partei Frankreichs für dieses Gesetz der allgemeinen Militarisierung gestimmt hat... Wie konnten unsere französischen Genossen soweit gehen, einem Gesetze zuzustimmen, daß sie zum Schweigen bringen und sie zu einfachen Automaten der militaristischen Maschine machen soll? Die Urheber dieses Gesetzes waren zwei Generale und ein sozialistischer Abgeordneter: Herr Paul Boncour. Wenn die Sozialisten in dieser Weise handeln, so ist es an der Zeit, daß sie auf die Anmaßung verzichten, Internationalisten und Antimilitaristen zu sein, und daß sie ihre historische Losung vergessen: „Proletarier aller Länder vereinigt euch! Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten!“

Und in der Nummer vom 18. März unterwirft Robert Dell das Gesetz und die Haltung der sozialistischen Abgeordneten einer heftigen Kritik und schließt seine Kritik folgendermaßen:

„Auf alle Fälle ist dieses Gesetz zur Mobilisierung der ganzen Nation ohne Unterschied des Alters oder des Geschlechts unentschuldigbar; denn kein anderes Land der Welt hat ein solches System bei sich eingeführt. Aber ich zweifle nicht daran, daß sich nun auch andere Länder beeilen werden, dem Beispiel Frankreichs zu folgen.

Die einzige Hoffnung für die Sozialistische Partei scheint mir eine Revolte gegen die Abgeordneten im Schoße der Partei selbst zu sein. Wenn die Sozialistische Partei die Haltung ihrer Parlamentarier nicht scharf abweist, können wir damit rechnen, daß die Kommunistische Partei, die in jeder Ergänzungswahl sozialistische Stimmen gewinnt, sich beträchtlich stärkt und vielleicht früher oder später an die Stelle der Sozialistischen Partei als führendes Organ der französischen Arbeiterbewegung tritt.“

Paul Boncour hat den „Genossen“ der Labour Party geantwortet.

Er wiederholt die Handvoll gewöhnlicher demagogischer Formeln „Das pazifistische Frankreich“ (trotz Marokko, Syrien und China) . . . „das militärische Verteidigungsgesetz“ usw. Vor allem aber geht er zum Angriff über und erinnert die „Genossen“ der Labour Party daran, daß sie ihren Militarismus und ihren Imperialismus vergessen.

„Der ‚Militarismus‘ ist immer in dem Sinne verstanden worden, daß der Druck der Rüstungen, die ständig im Wachsen waren, auf der Produktion der Friedenszeit, auf den sozialen Reformen usw. schwer lastete und übrigens eine ständige Drohung darstellte, in der Richtung, daß der Wille eines bestimmten Landes der übrigen Welt aufgezwungen werden sollte.

Eine solche Drohung kann die französische Armee gegenwärtig nicht darstellen. Aber es gibt eine Flotte, welche die gesamten Flotten der Welt — diejenige der Vereinigten Staaten ausgenommen — in Schach halten kann. Das ist nicht unsere Flotte.

Was die französische Armee im Mutterlande betrifft, so hat der Druck, der durch die ‚militaristischen‘ Sozialisten, die wir sind, ausgeübt wird, zu folgendem geführt: in einigen Monaten wird die französische Armee unter der Regierung von Poincaré vom dreifachen Stand oder vom zweifachen Stand der Vorkriegszeit auf den einfachen Vorkriegsstand herabgesetzt sein.

Ohne Vorwürfe zu erheben, Genossen, frage ich: Seid ihr in der Opposition oder selbst an der Macht soweit gelangt, um eine ebensolche bedeutende Herabsetzung der schönen Flotte zu erzwingen, auf die euer Land mit Recht so stolz ist, und die Macdonald aus Anlaß der Flottenrevue von Spithead Herrn Herriot zeigte? ...

Gewiß, ich vergesse nicht, mein lieber Henderson, ich vergesse nicht, mein lieber Lord Parmoor, mit welcher Herzlichkeit wir an jenem seligen Protokoll gearbeitet haben, das nicht durch unsere Schuld begraben worden ist. Zweifellos war es die Regierung der Konservativen, die die Tat vollbracht hat. Aber darf ich es mir erlauben, daran zu zweifeln, daß in dem Zeitpunkt, da wir in Genf arbeiteten, die Arbeiterregierung alles Notwendige getan hat, um die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu instruieren und zu beeinflussen?“

Da haben wir das schöne Gezänk im Lager der II. Internationale. Jeder klagt die „Genossen“ der Bruderpartei an, die Agenten ihres Imperialismus zu sein. Das ist übrigens die einzige richtige Analyse, die sie von der Rolle der II. Internationale im Kriege gegeben haben.

Nach diesem Austausch gerechtfertigter Komplimente hat sich die Exekutive der II. Internationale in Paris versammelt, um würdevoll die Kriegsgefahren zu erörtern. Dabei war sie so vorsichtig, das von Paul Boncour redigierte Militärgesetz, für welches die sozialistische Parlamentsfraktion einhellig gestimmt hat, einfach zu ignorieren. Die Engländer waren demonstrativ ferngeblieben, weil sich der englische Imperialismus auf der Armenländerbank befand. Aber der äußere Anschein war vor den getäuschten sozialistischen Massen gerettet worden.

Unsere Parteien müssen in ihrer internationalen Agitation gegen die Kriegsgefahren in viel ausgiebigerer Weise, als sie es bisher getan haben, die französische Militärreform, die Haltung der Sozialisten in Frankreich gegenüber dieser neuen Form des Militarismus und die Kämpfe im Schoße der II. Internationale, die sich um diese Frage drehen, auswerten.

BELA KUN:
 DER ANTI-SOWJETBLOCK DER DONAU-
 BALKANSTAATEN

Zur Zeit des italienisch-jugoslawischen Konflikts wehten in Südeuropa Kriegslüfte. Wer die Analogie liebt, erwartete die Wiederholung des Balkankrieges als ein Vorspiel zu einem neuen Weltkrieg. Im Schatten der chinesischen Ereignisse hat Mussolini tatsächlich versucht, einen kleinen Krieg herbeizuführen. Auch die II. Internationale bediente sich der durch den italienisch-jugoslawischen Konflikt gebotenen Gelegenheit, um zu versuchen, die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse von der Intervention des englischen Imperialismus in China abzulenken, indem sie die aus dem italienisch-jugoslawischen Konflikt entstehende Gefahr als wenigstens gleichbedeutend mit dem schon eingeleiteten Krieg hinstellte, der die chinesische Revolution abwürgen soll.

Der „kleine Krieg“ zwischen Italien und Jugoslawien ist nicht ausgebrochen und konnte jetzt auch nicht ausbrechen. Er konnte es nicht, weil das ein Hindernis gewesen wäre für die Vorbereitungen zu dem großen Kriege gegen die Sowjetunion, die die Diplomatie des britischen Imperialismus in Südosteuropa mit großen Anstrengungen betreibt. Ein solcher vorzeitiger Krieg wäre ein Hindernis gewesen für die Zusammenfassung der Donau-Balkanstaaten zu einer einheitlichen antisowjetistischen Front, zu einem neuen, rechtzeitig einzuleitenden Krieg gegen die Sowjetunion. Dieser Krieg soll eingeleitet werden in einem Zeitpunkt, wo es vom Gesichtspunkte der sinkenden Kräfte des zerfallenden britischen Reiches noch nicht zu spät ist, wo aber dieser Krieg, was die Zusammenfassung der Kräfte anbelangt, schon entsprechend vorbereitet ist. Der italienisch-jugoslawische Konflikt ist also — momentan — zu keinem Kriegsanlaß geworden, hat aber den britischen Imperialismus in seinen in Südosteuropa betriebenen Kriegsvorbereitungen vorwärts gebracht. Die Hand der in China bis zum Halse in Blut wadenden englischen Diplomatie gleicht also die Balkangegensätze aus und schränkt die Gier des italienischen Faschismus ein. Sie tut das, um auf diese Weise sowohl durch ihre Geschütze wie durch ihre „friedensschaffende“ Tätigkeit die zum Kanonenfutter bestimmten Völker der Front des großen imperialistischen Krieges näher zu bringen.

Englisches Vordringen in Südosteuropa

Der alte Balkan, der Schauplatz des Vorspiels des Weltkrieges, ist seit den auf den imperialistischen Krieg folgenden Friedensverträgen ein geographischer Begriff geworden. Der politische Balkan, Objekt der Politik der großen imperialistischen Räuberstaaten, hat sich auf das gesamte Südosteuropa ausgedehnt. Zu den alten Staaten des geographischen Balkan sind infolge der Zerstückelung der österreichisch-ungarischen Monarchie neue Objekte der imperialistischen Politik gekommen: die Tschecho-

slowakei, Ungarn und Oesterreich. Mit den neuen Ländern kamen zu den alten nationalen und wirtschaftlichen Gegensätzen des Balkan neue hinzu. Alle neuen Landesgrenzen, die durch die Korrelate des Versailler Friedensvertrages, durch die Friedensdiktate von Trianon, Neuilly, St. Germain und Sevres festgesetzt worden sind, haben neue Gegensätze geschaffen und keinen einzigen der alten liquidiert. Nicht nur durch die Angliederung Bessarabiens an den Balkan, sondern auch die unmittelbare Einbeziehung der an den neuen politischen Balkan angrenzenden Staaten, in erster Reihe Italiens und außerdem Deutschlands und Polens, in die nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze des Balkan, wird die Lage noch mehr kompliziert, als sie es auf dem alten Balkan war.

Proportionell mit der sich vermehrenden Zahl und der Ausdehnung der Gegensätze hat die Abhängigkeit des balkanisierten Südosteuropa von der Politik der großen imperialistischen Staaten sich vergrößert und ausgedehnt. Der ausgedehnte Balkan konnte noch viel mehr ein Schauplatz des Spieles der Reflexe der großen imperialistischen Gegensätze sein, als es der engere Balkan der Vorkriegszeit gewesen ist. Das wichtigtuerische Gesicht der um den Völkerbund lungernden oder in den Hauptstädten der verschiedenen imperialistischen Staaten darauflos arbeitenden Balkandiplomaten wurde noch mehr zu einer großen Maske des außenpolitischen Vertreters irgendeiner Großmacht, als es schon früher war. Die sogenannten „selbständigen“ inneren Balkanprobleme, die naive Utopisten oder die Kaffeehaus-Strategen der Politik als innere Privatangelegenheiten der Balkanvölker behandelt wissen wollen, sind heutzutage noch viel mehr Korrelate der Außenpolitik der europäischen imperialistischen Großmächte, als sie es vor, nach und während des Balkankrieges oder des imperialistischen Krieges waren.

Die Geschichte aller politischen Gruppierungen seit dem Weltkriege zeigt mit aller Klarheit, daß der erweiterte Balkan vor allem diese großen imperialistischen Gegensätze widerspiegelt. Der Einfluß des internationalen Imperialismus gruppiert die Balkanstaaten in der Weise und mildert oder verschärft die Gegensätze, so wie es den Problemen, Zielen und Gruppierungen der imperialistischen Großmächte gerade entspricht.

Die führende internationale politische Gruppierung Südeuropas, dieses erweiterten Balkans, war nach Abschluß der Friedensverträge der Bund der drei siegreichen und angeschwollenen Balkanstaaten (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien), die Kleine Entente. Diese Gruppierung war ein Mittel zur Lösung des damaligen Hauptproblems des internationalen Imperialismus: der Aufrechterhaltung des durch die Friedensverträge geschaffenen status quo. Dementsprechend war, da die größten Feinde des status quo, Deutschland, aber auch die beiden anderen verstümmelten besiegten Staaten: Ungarn und Bulgarien, waren — die Spitze der Kleinen Entente gegen Deutschland und gleichzeitig natürlich auch gegen Ungarn und Bulgarien gerichtet. Die Staaten der Kleinen Entente selbst als „selbständige“ Faktoren der Politik haben sich natürlich in erster Reihe gegen Ungarn gerichtet, da ihr Hauptfeind die ungarische Irredenta war. Der natürliche Führer der gegen Deutschland gerichteten Politik war Frankreich, und Frankreich war auch zu jener Zeit zweifellos

die führende imperialistische Macht des europäischen Kontinents, die kontinentale Großmacht. Demzufolge war der französische Imperialismus der politische Führer des Balkans und also auch der Kleinen Entente. England gewährte dem französischen Imperialismus in Südosteuropa für eine kurze Zeit fast vollständig freie Hand und benützte die Kleine Entente nur als einen Schutz für seine eigenen Zwecke, als Schutzwall gegen den Bolschewismus. Dabei sicherte es sich (durch die Zusammensetzung der Donau-Kontrollkommission und Aufkauf der Aktien der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaften) sowohl politisch wie wirtschaftlich die Kontrolle über das Rückgrat Südosteuropas, die Donau und ihren Verkehr.

Nach dem völligen Schweigen der Kleinen Entente bei dem italienisch-jugoslawischen Konflikt erübrigt es sich fast, festzustellen, daß sie ein toter Körper ist. Ihr Tod wurde verursacht durch die Verschiebung der Richtung der Politik der imperialistischen Staaten und durch die Neugruppierung der Mächte. Der Todeskampf der Kleinen Entente begann mit der Westorientierung der europäischen Politik und besonders Deutschlands, mit dem Abschluß des Locarno-Vertrages. Sie verlor den Boden unter den Füßen, als der Gegenstand ihrer Befürchtungen und ihrer Abwehr, der deutsche Imperialismus — mit englischer Hilfe — zu neuem Leben erwachte und als der englische Imperialismus mit wachsendem Erfolg bestrebt war, statt Deutschland die Sowjetunion und die mit ihr verbündete chinesische Revolution zum ausschließlichen Zielpunkt des Angriffes des internationalen Imperialismus zu machen. Die Kontinental-Hegemonie des Protektors der Kleinen Entente, Frankreich, wurde in ihren Grundlagen erschüttert. Englands Interesse für den Kontinent, bedingt durch die Vorbereitungen zu einem neuen Weltkrieg, wurde immer größer, und es begann mit dem Konkurrenten und Feinde Frankreichs, dem faschistischen Italien, in eine Arbeitsgemeinschaft einzutreten. Dementsprechend, vom Gesichtspunkte der Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion, begann die englische Diplomatie, ihre auf die Herbeiführung einer neuen außenpolitischen Konstellation im balkaniserten Südeuropa gerichtete Tätigkeit. Die Voraussetzung für einen Erfolg dieser Bemühungen war die Erschütterung der Kleinen Entente. Das fiel natürlich zusammen mit einer Erschütterung der Stellung Frankreichs in Südosteuropa. In dieser Zielsetzung fand sich die „pazifistische“, Gegensätze beilegende, nivellierende Tätigkeit der britischen Diplomatie auf dem erweiterten Balkan mit der aggressiven Balkanpolitik des italienischen Faschismus zusammen, der, auch im Interesse seiner Mittelmeerpolitik, ebenfalls auf die Beseitigung des französischen Einflusses in Südosteuropa hinwirkte.

Die englische Diplomatie faßte vor allem in jenen Staaten festen Fuß, die in einem Interessengegensatz zur Kleinen Entente und zu den einzelnen Staaten derselben standen. In Griechenland wurde die englische Diplomatie schnell Herr der Lage, unterstützte die griechische Armee durch gegen die Türkei gerichtete Intrigen und war Helfer der permanenten Militärrevolution. Das durch die Reparationslasten niedergehaltene, durch Jugoslawien, Rumänien und Griechenland verstümmelte und bedrängte Bulgarien unterwarf sich ebenfalls dem Einflusse der englischen Diplomatie. Es tat dies um so mehr, weil es in der englisch-italienischen Arbeitsgemein-

schaft auf dem Balkan die sicherste Stütze gegen die aufstrebende Arbeiter- und Bauernrevolution fand und von ihr auch bei der Lösung der mazedonischen Frage Unterstützung erhoffte. Die englischen konservativen Kreise waren in den Ententeländern die ersten, die dem Ungarn von Horthy und Bethlen in der Frage der Habsburg-Restauration Hoffnung auf wohlwollende Neutralität machten. Die finanzielle Sanierung Ungarns vollzog zu 52 Prozent das englische Kapital, das auch an der Sanierung des österreichischen Staatshaushaltes, wie auch an der bulgarischen sogenannten Flüchtlingsanleihe großen Anteil hat. Nachdem die englische Diplomatie in dieser Weise in den der Kleinen Entente feindselig gegenüberstehenden Ländern als Schutzpatron der Besiegten festen Fuß faßte, und hie und da eine Phrase vom Stapel ließ, die den naiveren Politikern eine Hoffnung auf die Abänderung des durch die Friedensverträge geschaffenen status quo bot, stellte sie der Kleinen Entente die Parole einer das gesamte Südosteuropa umfassenden Donau-Föderation entgegen. Statt des in der Kleinen Entente zusammengefaßten und unter französischem Protektorat stehenden Kampfbundes, stellte sich der britische Imperialismus die Schaffung eines friedlichen, der alle diese Länder bedrückenden wirtschaftlichen Isolierung ein Ende setzenden, und den Stoffwechsel zwischen den Staaten fördernden Bundes des gesamten balkanisierten Südosteuropa, der Staaten des gesamten Donaubeckens zur Aufgabe. Dabei wirkte die englische Diplomatie nicht nur im Interesse eines wirtschaftlichen, sondern auch in dem eines „nationalen Friedens“. Sie propagierte dies natürlich in dem sicheren Bewußtsein, daß bei den bestehenden wirtschaftlichen und nationalen Gegensätzen kein einziger Schritt in der Richtung der Donau-Föderation getan werden kann, diese Parole aber andererseits zur Desorganisation der Kleinen Entente und zur Schaffung eines breiteren, alle balkanisierten Länder — wenn auch zum Teil nur durch lose Bande zusammenschließenden antibolschewistischen Blocks geeignet sein kann. Dieser Block sollte, und wenn auch nur in der Form eines speziell zu diesem Zwecke gebildeten formalen Bundes, zustande kommen, aber durch besondere Verträge gesichert sein, die durch England, als den obersten Garanten, zusammengefaßt werden sollen.

Der Gedanke der Donau-Föderation erwies sich auch für jene, die an seine Verwirklichung glaubten, als naive Utopie. Die englische Diplomatie verweilte auch nicht lange bei diesem Gedanken und wählte für die Balkanpolitik bald neue Parolen. Diese neuen Parolen waren: das Balkan-Locarno und das Südosteuropa-Locarno. Natürlich kamen auch diese Parolen nicht der Verwirklichung näher. Die englische Diplomatie wollte ja durch sie nichts anderes als ein Gegengewicht gegen die mit französischer Unterstützung auf eine Balkanhegemonie gerichteten Bestrebungen Jugoslawiens schaffen. Es ist nicht ohne Interesse, daß das Balkan-Locarno die Parole nicht nur der Bildung eines antisowjetistischen Blocks unter Führung der englischen Diplomatie ist. Sie ist auch die Parole der jugoslawischen Politik gegen die Einflüsse der großen imperialistischen Mächte auf dem Balkan. (Balkan den Balkanvölkern. Der Zweck der Parole ist im ersten Falle die Sicherung der englischen Hegemonie, im zweiten Falle die Jugoslawiens.) Inzwischen hat England auch innerhalb der Kleinen Entente fleißig an der Schwächung des französischen Einflusses und im Interesse einer Auf-

hebung der führenden Rolle der Tschechoslowakei in der Kleinen Entente gearbeitet. Es war mit allen Kräften bestrebt, für seine Vorhut im Südosten, Rumänien, eine führende Rolle in der Kleinen Entente zu sichern. Als Krönung aller dieser Bemühungen ist es ihm mit italienischer Hilfe, aber, wie wir sehen werden, auch gegen Italien, gelungen, die nachfolgenden Verbindungen im Interesse eines unter englischer diplomatischer Führung stehenden antisowjetischen Blocks und im Interesse der Förderung einer Angliederung an die Front von Polen und Rumänien zu schaffen.

1. **Tschechoslowakei.** Die tschechoslowakische Außenpolitik hat, wenn auch spät, aber nunmehr schon vollständig von der französischen Orientierung auf die englische Orientierung umgesattelt. Die englische Diplomatie ist, indem sie die Anerkennung Sowjetrußlands verhindert, mit allen Kräften bemüht, eine Annäherung einerseits zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland und andererseits zwischen der Tschechoslowakei und Polen herbeizuführen. Ebenfalls unter englischem Druck erfolgt auch die Annäherung zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn. Ein die Tschechoslowakei berührender Plan, der den antisowjetistischen Block enger gestalten soll, ist die Aufteilung Karpothorußlands zwischen der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Ungarn. Der Zweck der Aufteilung wäre, zu erreichen, daß Polen und Horthy-Ungarn für den Fall eines gegen die Sowjetunion zu führenden Krieges eine gemeinsame Grenze bekommen sollen. Infolge der späten Umorientierung traut die englische Diplomatie der Tschechoslowakei noch nicht genügend und bestraft sie sogar (durch Verlegung des Sitzes der Internationalen Donaukommission aus Bratislawa nach Wien). Der durch das Scheiden von Benesch eingetretene Wechsel auf dem Posten des Außenministers (die Besetzung dieses Postens mit dem slowakischen Agrarfaschisten Hodza) wird zweifellos selbst die geringsten Spuren des Mißtrauens der englischen Diplomatie gegenüber der Tschechoslowakei verwischen.

2. **Rumänien.** Der früher überaus starke französische Einfluß in Rumänien ist vollständig zurückgedrängt worden und hat der Herrschaft der englisch-italienischen Diplomatie Platz gemacht.

Die im Ergebnis der Chamberlain-Mussolini-Entrevue erfolgte Ratifizierung der Annexion Bessarabiens hat den englischen Einfluß noch mehr gestärkt. Die Belieferung Rumäniens mit Waffen, Munition und Kriegsausrüstung ist den Händen der französischen Industrie- und Finanzkreise vollkommen entglitten, wie dies das Platzgreifen der englischen Armstrong-Werke und die durch die Avarescu-Regierung in Italien eingegangene und in Waffen und Munition angelegte Anleihe von 200 Millionen Lire beweisen. (Allerdings wird der militärische Wert sowohl der durch Armstrong hergestellten Flugzeuge, wie der durch die Italiener gelieferten Waffen herabgesetzt durch die Tatsache, daß beide Transaktionen in den Panamasumpf der korrupten rumänischen Regierung und der korrupten militärischen Kreise geraten sind). Auch zwischen Rumänien und Ungarn ist die englisch-italienische Diplomatie bestrebt, friedliche Verhältnisse herbeizuführen, und es ist ihr im großen und ganzen auch gelungen, eine Zuspitzung der rumänisch-ungarischen Beziehungen infolge der Enteignung der ungarischen Großgrundbesitze in Rumänien, in bezug auf welche Frage die rumänische Regierung das schiedsgerichtliche Urteil einfach abgelehnt hat, zu verhüten.

Das englische Kapital ist bestrebt, den französischen Einfluß in Rumänien abzuschwächen, indem es die Anleiheansprüche der rumänischen Regierung, soweit sie diese nicht selbst befriedigen kann, auf Deutschland ablenkt. Zwischen Griechenland und Rumänien hat die englische Diplomatie erträgliche Beziehungen zustandegebracht, und sie ist auch bestrebt, die gegenüber Bulgarien, hauptsächlich wegen der Dobrudscha-Frage bestehenden Gegensätze beizulegen.

3. Bulgarien: Der Sofioter Korrespondent einer jugoslawischen Zeitung berichtet über die Stimmung der herrschenden bulgarischen politischen Gruppierung, des „Demokratischen Sgowor“, folgendes:

„Ueberhaupt gilt Italien jetzt als starker Pfeiler, an den die bulgarische Politik sich anlehnen müsse, und in weiterer Folge England, das Italiens Ziele auf dem Balkan unterstützt und als sicherer Garant für alle Verpflichtungen Roms gegenüber Bulgarien in die Kombination einbezogen ist.“

Die einzige Hoffnung der bulgarischen politischen Kreise auf eine Erleichterung der schwer auf dem Lande lastenden Reparationskosten wird durch die englische Unterstützung geboten. Durch dieselbe englische Unterstützung, die seinerzeit nach dem faschistischen Zankow-Umsturz, trotz der Bestimmungen des Friedensvertrages, eine Erhöhung des Armeestandes ermöglicht hat. Die mit Zustimmung und unter Garantie des Völkerbundes aufgenommene sogenannte Flüchtlingsanleihe ist ebenfalls ein Ergebnis der Förderung von seiten der englischen Diplomatie. Dem Drucke der englischen Diplomatie ist die Zurückdrängung der bulgarisch-griechischen Gegensätze in der mazedonischen Frage zu verdanken, und ganz gewiß haben Italien und Albanien nicht ohne Wissen der englischen Diplomatie die Ansammlung der mazedonischen Organisationen an der albanisch-jugoslawischen Grenze gestattet.

4. Griechenland. Für den englischen Einfluß in Griechenland ist durchaus kennzeichnend das Dokument, das in der griechischen Presse unlängst, als Weisung des englischen Auswärtigen Amtes an die Leitung der griechischen Außenpolitik, veröffentlicht wurde:

a) Mit Bulgarien eine Verständigung, zumindest ein Freundschaftsvertrag; Presse und öffentliche Meinung sind in dieser Richtung zu beeinflussen. Im übrigen wird Großbritannien in diesem Sinne auf die Bulgaren einwirken.

b) Türkei. Gute Beziehungen sichern durch Regelung aller noch schwebenden Fragen, die die Beziehungen zwischen beiden Ländern getrübt haben, selbst auf Kosten griechischer Interessen.

c) Den Vertrag mit Jugoslawien nicht unterzeichnen. Das wird der Völkerbund unter Berücksichtigung des griechischen Standpunktes und der griechischen Interessen regeln. Letztere werden von Großbritannien vertreten werden.

d) Mit Italien jedes Zerwürfnis vermeiden. Die noch schwebende Frage des Dodekanesos wird zugunsten Griechenlands unter dem Einfluß Großbritanniens nach Wiederherstellung des Gleichgewichts am Mittelmeer geregelt werden.

e) Desinteressement an dem Verträge zwischen Italien und Albanien.

Die Authentizität dieses Dokuments ist bisher von keiner Seite bezweifelt worden. Daher können wir es sowohl in bezug auf den Einfluß Englands

in Griechenland (die auswärtige Politik Griechenlands gestaltet sich tatsächlich im Sinne dieser Weisung), wie auch hinsichtlich der Methode der englischen Diplomatie bei der Vorbereitung des antisowjetistischen Blocks als kennzeichnend betrachten.

5. **T ü r k e i.** Die englisch-türkischen Gegensätze haben von ihrer Schärfe nichts verloren, die englisch-italienische Zusammenarbeit kann aber die Schärfe dieser Gegensätze noch weiter steigern, da Italien die vorderasiatischen Interessen der Türkei unmittelbar gefährdet. Für die Absichten der englischen Diplomatie ist die im obigen erteilte Weisung an die griechische Regierung kennzeichnend, wo „selbst auf Kosten griechischer Interessen“ ein gutes Verhältnis empfohlen wird. Jedenfalls sorgt die englische Diplomatie dafür, daß die türkische Regierung erfährt, daß der Donau-Balkan-Block, der unmittelbar gegen die Sowjetunion gerichtet ist, auch die Türkei im Rücken bedroht. Der Außenminister der türkischen Regierung hat sich über die englisch-italienischen Balkankombinationen neuerdings überaus zurückhaltend geäußert.

6. **Albanien.** Der Tirana-Vertrag, der ebenfalls ein Ergebnis der Chamberlain-Mussolini-Entrevue war, hat erst nach Sicherstellung der englischen Erdölinteressen Albanien unter italienisches Protektorat gestellt. Nur unter diesem Vorbehalt schrieben die „Times“ aus Anlaß des italienisch-jugoslawischen Konflikts:

„Der italienisch-albanesische Pakt habe keinen anderen Zweck gehabt, als die Unabhängigkeit Albaniens zu gewährleisten, denn Albanien sei angesichts der umstürzlerischen Pläne Jugoslawiens, die auf jugoslawischem Territorium vorbereitet werden, nichts anderes übrig geblieben, als den Schutz und das Protektorat Italiens anzunehmen.“

Dabei ist der Kommandeur der albanischen Gendarmerie nach wie vor englischer General, und englische Finanzkreise sind bestrebt, die durch die Italiener noch nicht erworbenen Aktien der albanischen Bank in ihre Hände zu bringen.

7. **Ungarn.** Das Werk der englischen Diplomatie und des englischen Finanzkapitals ist die durch die Bethlen-Regierung vollzogene Sanierung des Staatshaushalts und die politische Konsolidierung. (Daran hat auch Macdonald ein Verdienst.) Vom englischen Finanzkapital hängt auch die durch die Bethlen-Regierung geplante Sanierung der Privatwirtschaft ab. In der Frankenfälscheraffäre hat die englische Diplomatie das Horthy-Bethlen-Regime gerettet. Als Gegenleistung hierfür sabotiert die Bethlen-Regierung trotz allem Druck der Industriekreise noch immer die Ratifizierung des mit der Sowjetunion abgeschlossenen Handelsvertrages. Das Ungarn Horthys und Bethlens ist ein natürlicher Bestandteil des Antisowjetblocks in Südosteuropa. Aus diesem Grunde hat Chamberlain die Aufhebung der militärischen Kontrolle gewählt, nachdem die ungarische Regierung, mit englischer Unterstützung, die infolge des Friedensvertrages eingestellte Munitions- und Waffenproduktion nicht nur für sich, sondern auch für Rumänien wieder in Gang gesetzt hat. Ebenfalls mit englischer Unterstützung hat die ungarische Regierung, trotz aller Proteste der Kleinen Entente, und im Gegensatz zum Friedensvertrag, die Zwangseinreihung in das Söldnerheer, wie auch eine den Anforderungen der allgemeinen Dienstpflicht entsprechende militärische Ausbildung der im militärdienstpflichtigen

Alter stehenden Bevölkerung eingeführt. Auf englische Veranlassung hat sich die ungarische Regierung von einer Annäherung an Jugoslawien zurückgezogen und sich auf den Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit Italien umgestellt, das jugoslawische Angebot, betreffend die Verwendung von Spalato als Freihafen, abgelehnt und die Verhandlungen mit Mussolini zwecks Erlangung eines Freihafens in Fiume eingeleitet. Der Tätigkeit der englischen Diplomatie ist es aber auch zuzuschreiben, daß Bethlen trotz seines Besuches in Rom sich gegenüber Italien freie Hand betreffend den Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit Jugoslawien vorbehalten hat. Der „Befriedungs“-Tätigkeit der englischen Diplomatie ist es auch zu verdanken, daß die ungarische Regierung die ungarischen Minderheiten in allen Nachfolgestaaten zu Regierungsparteien zu machen bestrebt ist. Die gemäßigt-legitimistische Politik der Bethlen-Regierung entspricht ebenfalls den Anweisungen der englischen Diplomatie.

8. Oesterreich. Die österreichische Sanierung ist mit starker Beteiligung des englischen Kapitals zustande gekommen. Gegenüber der Bewegung für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland hat die englische Diplomatie keine bestimmt ablehnende Erklärung abgegeben, Mussolini hingegen hat wiederholt erklärt, daß Italien an dieser Frage nicht allzuviel interessiert sei. (Diese Anschlußbewegung gehört natürlich nicht nur zu den südosteuropäischen Fragen, sondern ist auch ein Korrelat der englisch-deutschen bzw. englisch-französischen Beziehungen.)

Im großen und ganzen besteht das Resultat der Tätigkeit der englischen Diplomatie in Südosteuropa bisher in der Sicherung der polnisch-rumänischen politischen und militärischen Verträge, dem Schutze, der Vertiefung und Ausbreitung des Hinterlandes der polnisch-rumänischen antisowjetischen Front. All dies wird durch eine ganze Reihe von Staatsverträgen erreicht, an deren Zustandebingung die englische Diplomatie entscheidenden Anteil hatte.

In diesem Block, der natürlich noch viele Lücken aufweist, und dem gegenüber selbst unter der daran interessierten Bourgeoisie eine ganze Reihe von Gegensätzen zutage tritt, hat bisher bloß Jugoslawien voll und ganz gefehlt. Es ist aber der englisch-italienischen Diplomatie gelungen, Jugoslawien zuerst fast vollständig zu isolieren und nachher auch Jugoslawien auf einen nolens-volens-Beitritt vorzubereiten.

(Fortsetzung folgt.)

O. PJATNITZKI:

DIE ERRUNGENSCHAFTEN, DIE MÄNGEL UND DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER ORGANISATIONS- ARBEIT DER KI-SEKTIONEN

3. Die Betriebs- und Straßenzellen und die Rolle der Betriebszeitungen

Das richtige Funktionieren des Parteimechanismus hängt nicht wenig von der Arbeit der Betriebs- und Straßenzellen ab. Denn, obwohl die Reorganisation in keiner Sektion der KI restlos durchgeführt worden ist (in nicht industriellen Bezirken bestehen noch neben den Zellen Wohnorganisationen), so bleiben doch die besten Beschlüsse der höheren Parteiinstanzen auf dem Papier, wenn es die Zellen nicht verstehen, oder wenn sie nicht in der Lage sind, diese Beschlüsse durchzuführen.

Ja noch mehr: wenn die Zellen schlecht funktionieren, so leidet darunter auch stark die Arbeit der Parteimitglieder in den proletarischen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Rote Hilfe usw.); darum ist es notwendig, bei der Arbeit der Zellen zu verweilen.

In den Industriezentren aller Länder gibt es nicht wenig Betriebszellen, die vorzüglich arbeiten und die Belegschaft ihrer Betriebe hinter sich haben. Hier einige Beispiele für die Arbeit solcher Zellen (aus dem Material der Org.-Abteilung des EKKI):

A. Die Tätigkeit der Zellen

Oesterreich. In der Fabrik Warcholowski arbeiten 1340 Mann. Davon sind 537 in der kommunistischen Zelle zusammengeschlossen. Bei den Wahlen zum Betriebsrat erhielten die Kommunisten 1044 Stimmen, die Sozialdemokraten 575. 97 Prozent aller Arbeiter des Betriebes sind gewerkschaftlich organisiert. Der untere gewerkschaftliche Funktionärkörper des Betriebes (Gewerkschaftsvertrauensleute) besteht aus 65 Kommunisten und 9 Sozialdemokraten.

Die Zelle verdankt ihren Einfluß im Betrieb der ausgezeichneten Kleinarbeit, die sie hauptsächlich in dem unteren gewerkschaftlichen Funktionärkörper geleistet hat.

England. Unmittelbar vor dem Generalstreik weigerten sich unter dem Einfluß der kleinen kommunistischen Zelle die Druckereiarbeiter der reaktionären Zeitung „Daily Mail,“ einen Artikel zu setzen, der gegen die Bergarbeiter gerichtet war. Die Zelle der „Daily Mail“-Druckerei gibt eine Betriebszeitung heraus.

In der Londoner Metallfabrik Smith befolgte während des Generalstreiks nur eine kleine Anzahl von Arbeitern den Streikbeschluß des Generalrats. Die Betriebszelle brachte eine Extranummer der Zellenzeitung heraus, in der sie die Arbeiter aufforderte, sich dem Streik anzuschließen. Außerdem organisierte die Zelle in der Mittagspause ein Meeting vor der Fabrik. Die Folge davon war die restlose Einstellung der Arbeit.

A m e r i k a. Eine Zelle in den Bethlehem-Stahlwerken zu organisieren, schien anfangs eine schwere Aufgabe zu sein. Jetzt existiert die Zelle nicht nur, sondern hat sich auch gefestigt. Bei den Vorstandswahlen der Company-Union (die Company-Unions [Werkvereine] werden meistens auf Initiative der Fabrikbesitzer nur für einen Betrieb geschaffen, um die Arbeiter von dem Eintritt in die gemeinsamen freien Gewerkschaftsverbände abzuhalten) stellte die kommunistische Zelle ihre eigene Liste auf, die 700 Stimmen auf sich vereinigte. Die Gegenliste erhielt um die Hälfte weniger Stimmen. Auf diese Weise ging die Company-Union in die Hände der Kommunisten über.

In einer Automobilfabrik mit einer 3000 Mann starken Belegschaft verbreiten die Zellenmitglieder die Flugblätter und die Betriebszeitung vermittels des Fließbandes, das den Arbeitern die Automobilteile zuführt.

In Michigan führen die Arbeiter der Stahltrusts unter der Leitung der kommunistischen Zelle gegen den Trust eine Kampagne für Schutzmaßnahmen gegen Katastrophen in den Schachtanlagen, da 40 Arbeiter lange Zeit unter der Erde verschüttet blieben. Diese Kampagne hat unter den Arbeitern großen Erfolg.

D e u t s c h l a n d. Die Vorbereitungsarbeit für die vom ADGB veranstaltete Gewerkschaftswerbewoche und für die Wahlen zum Kongreß der Werktätigen wurde in fast allen Berliner Zellen geleistet, insbesondere in den Großbetrieben. Die Zellen befaßten sich eingehend mit dem Plan der Kampagne. Es wurden Flugblätter herausgegeben und Versammlungen veranstaltet, in denen es zu einer lebhaften Diskussion kam. Das Ergebnis der Kampagne war eine Vermehrung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und dadurch eine Verstärkung des Einflusses der Zellen in den Betrieben und der Fraktionen in den Gewerkschaften.

F r a n k r e i c h. In den Metallwerken X arbeiten 1500 Mann. Davon sind 1200 Mitglieder der roten Gewerkschaften (ein für Frankreich ungewöhnlich hoher Prozentsatz). Die Betriebszeitung erscheint in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Zelle besteht aus 120 Mitgliedern (die letzte Werbekampagne ergab 16 neue Parteimitglieder).

Die Y-Werke haben eine Belegschaft von 2000 Mann. Bis zur Organisierung der Zelle waren nur 25 Mann Mitglieder der roten Gewerkschaften, jetzt sind es bereits etwa 100. Die Zelle zählte anfangs nur ein paar Mitglieder, heute besteht sie bereits aus 30 Mann.

T s c h e c h o s l o w a k e i. Die Zelle L. Nr. 1 (Brünner Bezirk) zählte 1924 6 Mitglieder, im September 1926 bereits 32 Mitglieder. In dieser Zeit haben 70 Zellenleitungssitzungen und 34 Zellenversammlung stattgefunden. Von der Zelle wurden 48 Belegschaftsversammlungen durchgeführt. Die Zelle gibt eine Betriebszeitung heraus.

B. Die Aktivität der Parteioorganisationen

Bis zur Reorganisierung der Sektionen der KI auf der Grundlage der Betriebszellen erinnerte die Passivität der Kommunisten stark an die der Sozialdemokraten. Alle Fragen wurden in den Funktionärversammlungen entschieden. Lokale Parteikonferenzen und Mitgliederversammlungen fanden selten statt. Nur vor großen Ereignissen — vor Parteitag, insbesondere

aber vor Parlamentswahlen zeigten die lokalen Organisationen eine gewisse Belebung. Jetzt sehen wir bereits etwas ganz anderes. Die Zellen beraten und diskutieren die wichtigsten Probleme des Parteilebens.

Einige Beispiele dafür:

In der Berliner Organisation wurden in den Monaten August-September 1926 Parteifragen diskutiert, darunter auch Fragen der KP der Sowjetunion (nach dem Juli-Plenum des ZK der KP der Sowjetunion). Die Betriebs- und Straßenzellen nahmen an dieser Diskussion lebhaften Anteil. Die unten angeführte Tabelle zeigt die Verteilung der Mitglieder der Berliner Organisation auf die Straßen- und Betriebszellen, ferner die Teilnehmerzahl der Zellenversammlungen sowie das zahlenmäßige Verhältnis der Versammlungsteilnehmer zu der Gesamtzahl der Mitglieder und den Prozentsatz der Mitglieder, die an der Diskussion teilnahmen.

Art der Zellen	Gesamtzahl der Zellenmitglieder	Zahl der Teilnehmer an den Zellenversammlungen	In Prozent der Gesamtzahl der Mitglieder	Davon nahmen an der Diskussion teil	In Prozent der Gesamtzahl der Teilnehmer
Betriebszellen	6 219	4 161	68,3	986	23,6
Straßenzellen	5 668	2 142	37,8	346	16,1
Insgesamt	11 887	6 303	53,1	1 332	21,1

Im Bezirk Erzgebirge-Vogtland (mit Einschluß der Stadt Chemnitz) wurden im Herbst 1926 in den Zellen und Ortsgruppen Fragen der KP der Sowjetunion diskutiert. Die nachstehende Tabelle zeigt die Zahl der Parteimitglieder, die Zahl der Teilnehmer an den Versammlungen und den Prozentsatz der Diskussionsredner.

Art der Zellen	Gesamtzahl der Zellen- u. Wohnorganisationsmitglieder	Zahl der Teilnehmer an den Versammlungen	In Proz. der Gesamtzahl der Mitglieder	Zahl der Diskussionsredner	In Prozent der Gesamtzahl der Teilnehmer
Betriebszellen (49 Zellen)	992	525	52,9	126	24,05
Straßenzellen (55 Zellen)	1 790	612	34,2	157	25,7
Ortsgruppen (41)	2 337	995	42,7	142	7,0
Insgesamt	5 119	2 132	41,7	425	20,0

Der Prozentsatz der Teilnehmer der Zellenversammlungen ist also verhältnismäßig hoch. Außerdem wäre zu bemerken, daß in den Betriebszellen (besonders in Berlin) der Prozentsatz der Teilnehmer und Diskussionsredner höher ist als in den Straßenzellen, trotz der ungünstigen Umstände, die die Arbeit der Betriebszellen beeinträchtigen. Ferner ist zu erwähnen, daß die Opposition in den Betriebszellen weniger Stimmen erhalten hat als in den Straßenzellen. In Berlin wurden für die Opposition innerhalb der KPD in den Betriebszellen 22 Prozent aller Stimmen abgegeben, in den Straßenzellen 28 Prozent.

Vor dem im März dieses Jahres stattgefundenen Parteitag der KPD wurde in allen Zellen Deutschlands eine umfassende Diskussion durchgeführt. Leider ist die Org-Leitung des EKKI noch nicht im Besitz des genauen Materials. Man kann aber als feststehend betrachten, daß die Parteimitglieder große Aktivität an den Tag gelegt haben.

C. Die Betriebszeitungen

Bis zur Reorganisierung der Sektionen der KI auf der Grundlage der Betriebszellen gab es keine Betriebszeitungen. Es ist mir nicht bekannt, daß vor der Reorganisation der Partei die lokalen Parteiorganisationen auch nur Flugblätter für einzelne Betriebe herausgegeben hätten, auch nicht anläßlich bedeutender Ereignisse. Heute dagegen bilden die Betriebszeitungen einen unentbehrlichen Bestandteil der Arbeit der Zellen und spielen im Leben der Parteiorganisationen eine große Rolle, was von den unten angeführten (bei weitem nicht vollständigen) Angaben über die Betriebszeitungen in den großen KI-Sektionen bestätigt wird.

In A m e r i k a erscheinen regelmäßig 40 Betriebszellenzeitungen. 38 davon haben eine Auflage von je 1000 bis 2000 Exemplaren. In Detroit hat eine Zeitung eine Auflage von 10 000 Exemplaren. Der „Ford-Arbeiter“, der von der Zelle der Ford-Werke herausgegeben wird, erscheint in 20 000 bis 22 000 Exemplaren. Die Zeitungen werden verkauft.

E n g l a n d (unvollständige Angaben). In London erscheinen regelmäßig 24 Betriebszeitungen mit einer Auflage von 8000 Exemplaren. Davon werden zwölf Zeitungen mit einer Auflage von 3300 von den Zellen der Eisenbahnwerkstätten herausgegeben.

In Liverpool erscheinen drei Betriebszeitungen mit einer Auflage von 3350. In Süd-Wales gibt es in den Bergwerken 16 Betriebszeitungen.

In D e u t s c h l a n d erscheinen regelmäßig 170 Betriebszeitungen. Davon entfallen auf den Bezirk Berlin-Brandenburg 111, auf Erzgebirge-Vogtland 10, auf Hessen-Frankfurt 10 und auf die anderen Bezirke je 1 bis 8 Zeitungen.

In F r a n k r e i c h werden 300 Betriebszeitungen mit einer Auflage von je 100 bis 1000 Exemplaren herausgegeben.

In der T s c h e c h o s l o w a k e i erscheinen periodisch (nach unvollständigen Angaben) 120 Betriebszeitungen in 8 von 24 Bezirken.

Betriebszeitungen werden in allen Ländern herausgegeben, in denen die Reorganisation in Angriff genommen worden ist. In den meisten Fällen werden die Betriebszeitungen gedruckt und enthalten ganz gute Karikaturen. Meistens erscheinen diese Zeitungen illegal; es gibt jedoch Länder (z. B. Norwegen), wo sie legal herausgegeben werden und sogar Inserate bringen, wodurch die finanziellen Mittel für die Existenz der Zeitungen gewonnen werden. Es sei erwähnt, daß die Betriebszeitungen bei den Arbeitern und Arbeiterinnen, darunter auch Sozialdemokraten, nationalsozialistischen und christlichen Arbeitern reißenden Absatz finden.

Die Betriebszeitungen sind bereits jetzt ein machtvolles Mittel im Kampfe um den Einfluß auf die Arbeiterklasse. Bei geschickter Ausnutzung der Zeitungen, was leider nicht überall der Fall ist, kann jedoch dieser Einfluß um ein Vielfaches gesteigert werden. Wie bereits oben gesagt, ist die Auflage der Tagespresse der Partei gering, und sie erfaßt nicht die breiten Arbeitermassen; die Betriebszeitungen dagegen dringen in diese Massen ein. Trotz der Mängel, die den Betriebszeitungen anhaften, sind sie eine bedeu-

tende Errungenschaft, die möglich wurde, sobald die Sektionen der KI durch die Betriebszellen in die Betriebe eindrangen.

Nunmehr wollen wir uns mit den Mängeln der Betriebs- und Straßenzellen sowie mit den Ursachen dieser Mängel und auch mit den Maßnahmen zu ihrer Beseitigung befassen.

a) Die Betriebszellen sind im Durchschnitt zahlenmäßig zu klein. In sehr vielen Betrieben arbeiten nur ein oder zwei Kommunisten. In den meisten Fällen verteilen sich die Zellen auf Mittel- und Kleinbetriebe. Der Prozentsatz der Großbetriebe, die eine Betriebszelle haben, ist sehr gering, und die Zellen der Großbetriebe sind im Vergleich mit der Belegschaftsstärke sehr klein. Es ist bezeichnend, daß diese Erscheinung in größerem oder kleinerem Maße in allen Ländern beobachtet werden kann, was aus dem unten angeführten Zahlenmaterial zu ersehen ist.

A m e r i k a. In Chicago existieren von 24 Betriebszellen zwölf Zellen mit 96 Mitgliedern in Großbetrieben, die übrigen zwölf Zellen verteilen sich auf Klein- und Mittelbetriebe.

In **N e w Y o r k** entfallen von 300 Betriebszellen zwölf auf die Metall- und vier auf die Holzindustrie. Die übrigen verteilen sich auf Klein- und Mittelbetriebe und auf Werkstätten. Von den 300 Betriebszellen New Yorks entfallen 159 Zellen (53 Prozent) auf das Schneidergewerbe. Nur zwölf Zellen zählen mehr als zehn Mitglieder, die anderen bestehen aus drei bis vier Mitgliedern. In vielen Betrieben gibt es nur einen oder zwei Kommunisten.

In den **Ford-Werken**, deren Belegschaft 60 000 Mann zählte, ging die Zelle nicht über 120 Mitglieder hinaus (jetzt ist sie kleiner).

In **E n g l a n d** gibt es die meisten Zellen in Bergwerken, von denen nicht viele zu den Großbetrieben gerechnet werden können. Nur einige Riesenbetriebe haben Betriebszellen. Die Tätigkeit der KP Englands unter den Arbeitern der Textilindustrie ist sehr schwach, und die Zellen in dieser Industrie sind selten. Die Zahl der Zellenmitglieder ist gering.

In **D e u t s c h l a n d** verteilen sich 1426 Betriebszellen wie folgt:

Belegschaftsstärke der Betriebe	Zahl der Zellen
3 bis 50	260
50 „ 100	329
100 „ 500	540
500 „ 1000	178
1000 „ 3000	71
3000 „ 5000	28
5000 und mehr	20

Bezeichnet man als Großbetriebe solche mit 500 und mehr Arbeitern, so ergibt sich folgendes Bild:

21	Prozent der Zellen entfallen auf	Großbetriebe
39	„ „ „ „	Mittelbetriebe
40	„ „ „ „	Kleinbetriebe

Leider gibt es keine Angaben über den zahlenmäßigen Bestand der Zellen nach Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben in ganz Deutschland. Eine solche Statistik gibt es nur für einzelne Bezirke Deutschlands:

		Belegschaftsstärke	Zahl der auf einen Kommunisten ent- fallenden Arbeiter
Ruhrgebiet	1. Metallwerk A	8826	176
"	2. Metallwerk B	8000	200
"	3. Stahlwerk C	7200	120
"	4. Bergwerk D	1000	43
"	5. Bergwerk E	1532	73
Rheinland	6. Chem. Werk F	8000	800
"	7. Bergwerk G	3200	106
"	8. Eisenbahnwerkstätten H	2641	66
Sachsen	9. Werk I	9000	500
"	10. Werk J	7030	104
Berlin	11. Werk K	7318	95
"	12. Werk L	370	60
"	13. Werk M	761	11

Die angeführten Zahlen zeigen, daß, je größer der Betrieb, desto geringer die zahlenmäßige Stärke der Betriebszelle im Vergleich zu der Gesamtbelegschaft.

Ungefähr das gleiche Verhältnis ergibt sich auch für Mittelrhein, Wasserkante und andere Bezirke Deutschlands, über die die Org-Abteilung des EKKI Material besitzt.

Es dürfte von Interesse sein, noch folgende Angaben über die Zahl der Kommunisten in 263 Betrieben des 1. Berliner Verwaltungsbezirkes der KP anzuführen (der 1. Verwaltungsbezirk Berlins zählt 636 Parteimitglieder):

Stärke der Betriebszelle	Zahl der Betriebe	Gesamtzahl der Zellenmitglieder
10 und mehr	12	236
4—10	20	108
3	14	42
2	33	66
1	184	184

Die Erscheinung, daß in vielen Betrieben ein oder zwei Kommunisten arbeiten, läßt sich in allen Ländern beobachten. Die Bildung einer Betriebszelle ist in solchen Betrieben unmöglich und Parteiarbeit wird dort nicht geleistet.

Frankreich. Im Organisationsbericht des ZK der KP Frankreichs vom 15. Oktober 1926 ist folgender Passus enthalten:

„... auch jetzt noch bleibt die Lage eine derartige, daß die Partei sich aus gelernten Arbeitern der Kleinbetriebe rekrutiert. Es ist notwendig, die Frage der Eröberung der Großbetriebe breit aufzurollen.“

Das Org-Büro des ZK der KPF konstatiert am 26. November 1926:

„... Wir müssen zugeben, daß in 50 Prozent der Betriebe mit über 1000 Arbeiter wir noch nicht eingedrungen sind.“

Tschechoslowakei. Von 45 chemischen Fabriken gibt es kommunistische Zellen in 13 Betrieben mit einer Belegschaft von 3200 Mann.

Von 35 Textilfabriken mit einer Belegschaft von 12 000 Mann gibt es kommunistische Zellen nur in zwei Betrieben mit 2000 Arbeitern.

Von 22 Zellen des Bezirks Mährisch-Ostrau entfallen 11 auf Großbetriebe mit 31 800 Arbeitern.

Die KP der Tschechoslowakei dürfte sich in einer besseren Lage befinden

als die anderen kommunistischen Parteien, da sie Zellen in verhältnismäßig vielen Großbetrieben hat.

Diese allgemeine Erscheinung unserer schwachen Verankerung in den Großbetrieben ist z. T. durch den Terror der Unternehmer zu erklären. Trotzdem die kommunistischen Parteien in den Ländern, von denen hier die Rede war, durchaus legal sind, sehen sich die Betriebszellen gezwungen, illegal zu arbeiten. Sobald die Unternehmer durch ihre Betriebsspitzel die Zugehörigkeit des einen oder anderen Arbeiters zur kommunistischen Partei feststellen, fliegt dieser auf die Straße, zumal die Unternehmer in den meisten Fällen überzeugt sein können, daß die reformistischen Gewerkschaftsverbände für die Kommunisten nicht eintreten werden. Ist man aber aus dem Betrieb geflogen, so ist es bei der Arbeitslosigkeit, die in allen Ländern herrscht, sehr schwer, anderswo Arbeit zu bekommen.

In England z. B. wurden die Mitglieder der Kommunistischen Partei infolge ihrer Tätigkeit aus den Riesenbetrieben von Armstrong und Vickers entlassen.

In Deutschland haben die Leverkusener Farbenfabriken, die Firma Seidel und Naumann und viele andere Betriebe die meisten Mitglieder der Betriebszellen auf die Straße geworfen.

Im Kreis Ostrau (Tschechoslowakei) wiederholen sich oft Fälle, wo Kommunisten wegen ihrer Tätigkeit aus dem Betrieb fliegen.

In einer ganzen Reihe französischer Betriebe — Michelin, Citroen, Peugeot — wurden die meisten Mitglieder der Zellen entlassen. In der Pariser Automobilfabrik Renault wurde nach einem Streik von 10 000 Arbeitern sogar die gesamte Zelle, deren Mitgliederliste in die Hände des Unternehmers gefallen war, auf die Straße geworfen. In Deutschland werden in vielen Betrieben als Gegengewicht zu den kommunistischen Zellen faschistische Zellen gebildet, wodurch die Bepitzelung natürlich noch verstärkt wird. In einer Reihe von Ländern — Frankreich, Deutschland, USA — existiert in den Betrieben ein weit verzweigtes Spitzelsystem, das von den Unternehmern finanziert wird. Die Folge dieses Terrors ist, daß viele Kommunisten es entweder vermeiden, den Zellen ihrer Betriebe beizutreten, was unbedingt den zahlenmäßigen Bestand der Zellen beeinflußt, oder aber, falls sie ihnen beitreten, sich passiv verhalten und bemüht sind, die ganze Zelle vom aktiven Auftreten und von aktiver Arbeit abzuhalten. Die Mitglieder der Zelle, die aus dem Betrieb herausgeworfen werden, sind bestrebt, in Klein- und Mittelbetrieben unterzukommen, in denen das Regime ein wenig freier ist.

b) Noch schlimmer ist es um die Tätigkeit der überwiegenden Mehrheit der bestehenden Betriebszellen bestellt. Obwohl sie in Fabriken, Werken, Werkstätten und sonstigen Betrieben bestehen, können die einen von ihnen nur formell als Betriebszellen gelten. Denn sie betätigen sich nicht unter den Arbeitern ihrer Betriebe und befassen sich nicht mit den Fragen, die sich auf ihren Betrieb beziehen. Infolgedessen besteht der einzige tatsächliche Unterschied zwischen den früheren Wohnorganisationen und solchen Zellen darin, daß sich jetzt die Parteimitglieder eines Betriebes versammeln, während früher die Parteimitglieder zusammenkamen, die in der gleichen Straße oder im gleichen Distrikt wohnten. Sie beraten die Fragen des Parteilebens, wählen Delegierte zu den Parteikonferenzen, nehmen die Berichte ihrer Delegierten entgegen und führen die Arbeit so, wie sie dieselbe früher in ihren Wohnorganisationen geführt haben.

Andere Betriebszellen wiederum beschäftigen sich nur mit technischen Angelegenheiten — sie setzen Literatur um, verbreiten die Betriebszeitung, kleben Flugblätter und Plakate. Diese beiden Arten von Zellen gibt es in allen Ländern, als ob sie von denselben Organisatoren gebildet worden wären und von denselben Menschen geleitet würden. Wodurch erklärt sich das? Erstens dadurch, daß die Parteimitglieder noch tief in den sozialdemokratischen Traditionen und Gewohnheiten stecken. In der Sozialdemokratischen Partei war die ganze Organisationsform den Wahlen in die parlamentarischen Körperschaften angepaßt. Die Parteiorganisationen bauten sich nach dem Wohnort auf. Dazu kommt, daß die Arbeit in solchen Organisationen in den legalen Parteien durchaus ungefährlich war — der Unternehmerterror konnte sich auf diese Organisationen nicht erstrecken.

Eine weitere Erklärung liegt darin, daß die kommunistischen Parteien fast alle großen Massenkampagnen nach wie vor ohne die Betriebszellen durchzuführen pflegen. Auch die Kleinarbeit der Zellen wird durch die leitenden Parteinstanzen nicht so geleitet, daß die Arbeit mit den politischen Aufgaben der Partei verknüpft wird. Die Folge davon ist, daß die Arbeit der Betriebszellen von der Politik der Partei losgelöst wird. Durch eine solche Politik der Partei werden die Betriebszellen gelähmt und außerstande gesetzt, die Durchführung dieser Kampagnen zu beraten und einen Plan für sie auszuarbeiten. Infolgedessen mangelt es den Zellenmitgliedern an Material für die Agitation unter der Belegschaft. Was zur Folge hat, daß die Mitglieder der Zellen der Belegschaft entfremdet werden.

Es wurde oben gesagt, daß die Werbekampagne in Frankreich, die mit der Finanz- und politischen Krise und mit dem Verrat der französischen Sozialdemokratie zusammenfiel, fast überall ohne die Zellen durchgeführt wurde. Dasselbe war auch der Fall in Deutschland bei der Durchführung der Kampagne für die Fürstenenteignung (es ist möglich, daß aus diesem Grunde die glänzend verlaufene Kampagne organisatorisch nicht ausgewertet wurde). In der Tschechoslowakei dagegen wurde die Kampagne gegen die hohen Zölle auf Massenbedarfsartikel und gegen die Teuerung durch die Betriebszellen durchgeführt. Das Ergebnis war eine Aktivisierung und Politisierung der Zellen, denen es gelang, breite Arbeitermassen in die Bewegung hineinzuziehen, sie zu Demonstrationen zu führen und Proteststreiks zu organisieren.

Zur Bestätigung dieser Ausführungen zitiere ich Auszüge aus mündlichen und schriftlichen Berichten von Vertretern und Organen der Zentralkomitees der genannten großen legalen Kommunistischen Parteien. Der Genosse Birch (Amerika) teilte in seinem Bericht an die Org-Abteilung des EKKI vom 27. Dezember 1926 mit:

„Die Kampagne zum Schutz der ausländischen Arbeiter wurde ohne die Betriebszellen durchgeführt. Zwar befaßten sich einzelne Zellen mit dieser Frage und gaben auch Flugblätter heraus, zu einer breiten Massenkampagne kam es jedoch nicht . . .“

„Die Werbekampagne für das Parteiorgan ‚Daily Worker‘ wurde in den Betrieben

* Da es in Amerika eine gewaltige Anzahl ausländischer Arbeiter gibt, und die Kampagne der Partei sich gegen einen Gesetzentwurf richtete, der die Rechte der ausländischen Arbeiter stark einschränkt, hätte diese Kampagne in den Betrieben großen Erfolg haben sollen. O. P.

sehr mangelhaft durchgeführt. Von 11 Betriebszellen eines New Yorker Stadtbezirks, über den Nachrichten vorliegen, gewannen 9 Zellen keine Abonnenten, eine Zelle gewann einen und eine Zelle 47 Abonnenten.“

Genosse Birch schloß diesen Teil des Berichts:

„. . . Wir verstehen es nicht, die Betriebszellen für die Durchführung von Parteikampagnen heranzuziehen. Dieses schwierige Problem wird unsere Partei überwinden müssen.“

Genosse Brown sagte in seinem Bericht auf der Organisationskonferenz der KP Englands im Oktober 1926 über die Arbeit der Betriebszellen während des Generalstreiks und über ihre Rolle bei der Kampagne, die die Partei anläßlich des Streiks durchführte, folgendes:

„Man muß zugeben, daß unsere Betriebszellen während des Generalstreiks schlecht und falsch funktioniert haben. In einigen Bezirken stellten die Zellen faktisch ihre Arbeit ein.“

Ich weiß nicht, wie stark die Meinung verbreitet ist, daß die Betriebszellen in Zeiten industrieller Krisen und Unruhen für unsere Partei nicht geeignet seien, jedenfalls ist diese irrige Auffassung über die Betriebszellen vorhanden. Das erklärt sich dadurch, daß die Genossen der Meinung sind, daß in Krisenzeiten die Gewerkschaftsorganisationen jene Stützpunkte sind, in denen die Parteiarbeit zu führen ist.“

In dem Bericht der Ludwigshafener Parteiorganisation (Deutschland) anläßlich der Durchführung der Werbekampagne der reformistischen Gewerkschaften lesen wir:

„Diese Kampagne wurde fast ausschließlich von den Straßenzellen durchgeführt. Nur in wenigen Fällen gelang es, auch die Betriebszellen heranzuziehen.“

In einem Bericht der Org-Abteilung des ZK der KPD finden wir folgende Stelle:

„Die Durchführung der Parteikampagnen liegt noch in den Händen der Mitgliederversammlungen der Zellengruppen, der Stadtteile und der Ortsgruppen.“

Das ist der Grund für die Hilflosigkeit und Passivität der Zellen.

In dem Bericht eines Genossen vom 20. Berliner Verwaltungsbezirk lesen wir:

„Woher kommt diese Passivität? Wir müssen die Zellen politisieren. Den Genossen muß nahe gelegt werden, daß sie die Fragen und die Argumente der Anhänger der Sozialdemokraten beantworten müssen . . . In der ganzen Zeit, die ich in der Betriebszelle bin, hat sie sich noch kein einziges Mal mit Fragen des Betriebes beschäftigt. Immer nur Berichte über Delegiertenkonferenzen und über Meinungsverschiedenheiten in der Partei.“

Als im Mai 1926 in den Autowerken Renault (Frankreich) 10 000 Arbeiter in den Streik traten, kam das für die kommunistische Zelle dieses Betriebes ganz und gar unerwartet (aus dem Bericht des Instruktors des EKKI). Die von dem Parteileben losgelöste Zelle war außerstande, jene Tatsachen, die die Arbeiter am unmittelbarsten angehen, zu bemerken und auf sie zu reagieren. Neben dem Terror sind es zum Teil auch diese Erscheinungen, die unter den Parteimitgliedern das Bestreben hervorrufen, die Arbeit in die Wohnorganisationen zu verlegen.

Der im Org-Büro der KP Frankreichs im September 1926 erstattete Bericht konstatiert:

„Wir können sagen, daß in der Pariser Parteiorganisation eine ganze Reihe von Genossen dazu neigt, aus den Betriebszellen auszutreten und in den Wohnorganisationen zu arbeiten.“

In dem Material, das von dem ZK der KP der Tschechoslowakei der Org.-Abteilung des EKKI vorgelegt worden ist, kann man schließlich folgende Beispiele guter und schlechter Arbeit der Betriebszellen finden, je nachdem, ob die Parteiarbeit und die Kampagnen der Partei durch die Zellen oder ohne sie durchgeführt werden. Es seien hier einige dieser Tatsachen angeführt:

„Die Zelle der Brüner Waffenwerke hielt im ganzen Jahre 8 Sitzungen ab. Die Zelle der Erzwerke versammelte sich in anderthalb Jahren sechsmal. Die Betriebszellen wissen bis heute noch nicht, womit sie sich zu befassen haben. Als z. B. in der Zelle der Prager Eisenbahngesellschaft in Kladno ein Genosse den Antrag stellte, die Lohnfrage auf die Tagesordnung der Zelle zu setzen, wurde dieser Antrag mit der Begründung abgelehnt, diese Frage falle unter die Kompetenzen des Betriebsrats.“

Aus dem Bericht der Unterbezirksorganisation Königgrätz (Tschechoslowakei) ist zu ersehen, daß die Betriebszellen tätigen Anteil an der Kampagne gegen die Teuerung genommen haben:

„Die Zellenbüros bereiten die Kampagne in den Betrieben vor. Es wurden Sondernummern der Betriebszeitungen mit unseren Forderungen herausgebracht und Flugblätter verteilt. Die kommunistischen Fraktionen der Betriebsräte wurden angewiesen, die Einberufung von Betriebsversammlungen durchzusetzen. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Betriebszellen und die Leitungen der lokalen Organisationen sich aktiv an der Vorbereitung der Kampagne beteiligt haben.“

In bezug auf die Werbekampagne für die Parteipresse wird in dem gleichen Bericht festgestellt:

„Die Agitation in den Betrieben zeitigt bessere Resultate als die Agitation in den Wohnorganisationen. Die Werbekampagne ist hauptsächlich in den Betrieben durchzuführen.“

Der Bericht der Brüner Bezirksleitung (Tschechoslowakei) besagt:

„Nur bei der Durchführung der Anti-Zollkampagne gelang es, die Führung der Massen durch die Partei sicherzustellen.“

c) Straßenzellen. Die Straßenzellen haben in vielen Ländern eine größere Bedeutung gewonnen, als ihnen in den Richtlinien und Beschlüssen der internationalen Orgberatungen und der KI-Organe beigemessen wurde.

In der KPR und der KP der USSR hat es Straßenzellen als Organisationsform nie gegeben. In den kapitalistischen Ländern können sie, wie es die Tatsachen zeigen, nicht entbehrt werden. Ursprünglich wurden die Straßenzellen zu dem Zweck gebildet, um die Mitglieder der Partei, die nicht in Betrieben arbeiten (wie z. B. Hausfrauen, Handwerker, Portiers, Hausangestellte, Kopfarbeiter usw.) zu erfassen. Ihre Aufgabe sollte die Agitation unter der Arbeiterbevölkerung ihrer Straße sowie Verbreitung von Literatur usw. sein. Die Straßenzellen haben dieselben Parteirechte wie die Betriebszellen. In Wirklichkeit sind die Straßenzellen zu vollblütigen Parteiorganisationen geworden (zahlenmäßig und durchaus nicht ihrer Tätigkeit nach), die Betriebszellen aber fristen, wie bereits oben erwähnt, in vielen Fällen ein kümmerliches Dasein. Daran sind zum Teil objektive Umstände schuld, hauptsächlich aber das falsche Vorgehen der höheren Parteileitungen. Zu solchen Umständen kann man die Erscheinung rechnen, daß die arbeitslosen Mitglieder der Partei in den Straßenzellen unterzukommen suchen. Man kann sie schwerlich zwingen, zu den Sitzungen der Betriebszellen zu fahren oder dort die Parteiarbeit unter den Arbeitern zu leisten, denn meistens müssen sie weite Strecken zurücklegen. Eine solche Forderung kann nur an

die aktiven Parteimitglieder gestellt werden, von denen die weitere Tätigkeit der Betriebszellen abhängt, in denen sie früher arbeiteten.

Als eine schädliche Erscheinung muß dagegen betrachtet werden, wenn Arbeiter und Angestellte, die in Betrieben arbeiten, wo es bereits Betriebszellen gibt bzw. wo solche gebildet werden können, sich nach alter Gewohnheit in die Straßenzellen drängen. Daran sind einzig und allein die Zellengruppen-, Stadtteil- und Stadtleitungen schuld, die mit den Zellen unmittelbar verbunden sind. Sie lassen diesen Mangel nicht nur bestehen und bekämpfen ihn nicht, sie führen auch noch die meisten Kampagnen durch die Straßenzellen durch und überlassen in vielen Fällen, wie wir es weiter unten sehen werden, die Betriebszellen sich selbst.

Ein anschauliches Bild von der Verteilung der Parteimitglieder auf die Betriebs- und Straßenzellen geben die folgenden, von den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien erhaltenen Angaben.

In Amerika gibt es 440 Betriebszellen und 401 Straßenzellen. Im Durchschnitt sind 26,5 Prozent der Parteimitglieder in Betriebszellen, 60,17 Prozent in Straßenzellen und 13,33 Prozent in den alten Wohnorganisationen organisiert.

	Betriebszellen	Straßenzellen	Wohnorganisationen alten Typus
	(in Prozenten der Gesamtmitgliedschaft)		
Philadelphia	14	62	24
Chicago	35	58	7
New York	32	43	25
Buffalo	30	70	—
Cleveland	25	75	—
Boston	23	53	24

In Deutschland gab es im Juli 1926 1525 Betriebszellen und 1609 Straßenzellen. Die Parteimitglieder verteilen sich in den Städten und Bezirken folgendermaßen:

	Betriebszellen	Straßenzellen
	(in Prozenten der Gesamtmitgliedschaft)	
Erzgebirge-Vogtland (Chemnitz)	30	70
Köln	30	70
Ludwigshafen	70	30
Nürnberg	40	60
Halle	28	72
Leipzig	35	65
Düsseldorf	27	73
Mannheim	28	72
Hamburg	30—40	60—70
Berlin	60	40

Im Durchschnitt wird in diesen Bezirken der Prozentsatz der Parteimitglieder, die in Betriebszellen zusammengefaßt sind, nur ein wenig höher sein als in Amerika (38,3 Prozent), in Berlin und Ludwigshafen aber erfassen die Betriebszellen die Mehrzahl der Parteimitglieder. Das beweist, daß dort, wo die Zellen gut arbeiten, wo sie von den übergeordneten Parteiorganen unterstützt und wirklich geleitet werden, die Parteimitglieder nicht danach streben, in den Straßenzellen unterzukommen.

In der Tschechoslowakei gibt es 1049 Betriebszellen und 3485 Straßenzellen und Wohnorganisationen alten Typs.

Die Verteilung der Parteimitglieder auf die Betriebs- und Straßenzellen ist in den wichtigsten Bezirken wie folgt:

Bezirk	Zahl der Betriebszellen	Mitgliederbestand der Betriebszellen	Zahl der Straßenzellen	Mitgliederbestand der Straßenzellen
Prag	81	5485	417	11 040
Reichenberg	166	3729	223	8 361
Aussig	82	2150	180	4 216
Mährisch-Ostrau	93	3197	188	3 175
Brünn	51	1114	246	5 885

Nur in den Bezirken Prag und Ostrau sind 50 Prozent der Parteimitglieder in Betriebszellen organisiert. Dabei sind die weitaus meisten Mitglieder der KP der Tschechoslowakei Arbeiter, und die Arbeitslosigkeit ist dort nicht so groß wie in Deutschland.

In dem Material des ZK der KPTsch wird darauf hingewiesen, daß 70 Prozent der Parteimitglieder im Bezirk Aussig in der Industrie beschäftigt sind, während nur 35 Prozent der Parteimitglieder den Betriebszellen angehören. Im Bezirk Ostrau gehören den Straßenzellen 3175 Parteimitglieder an, von denen 1800 in Betrieben arbeiten, wo es bereits Zellen gibt bzw. wo solche gebildet werden könnten.

Nicht nur in der Tschechoslowakei gibt es in den Straßenzellen Arbeiter, die in Betrieben beschäftigt sind, in denen es Betriebszellen gibt. In einem Bericht der Bezirksorganisation Niederrhein wird festgestellt, daß im Unterbezirk Elberfeld den Straßenzellen 51 Parteimitglieder angehören, die im Betrieb stehen.

Die Genossen glauben vielleicht, daß die zahlenmäßig so starken Straßenzellen auch sehr aktiv sind. Nichts dergleichen. In den meisten Fällen erinnern sie durch ihre Passivität an die früheren Wohnorganisationen. Die Straßenzellen leben erst vor den Wahlen in die parlamentarischen Körperschaften auf. Auf diesem Gebiet haben sie viel Erfahrung, denn bis zur Reorganisation beschäftigten sich die früheren Organisationen mit den gleichen Aufgaben. Zur Bestätigung des oben Gesagten will ich einige Auszüge anführen:

In einem Bericht des ZK der KPD wird über die Arbeit der Straßenzellen folgendes erwähnt:

„Die Straßenzellen sind bis jetzt sehr passiv gewesen und zeigen wenig politische Aktivität. Ihre Versammlungen finden sehr unregelmäßig statt. Die besten von ihnen versammeln sich alle 14 Tage, in den meisten Fällen jedoch finden die Versammlungen einmal in 3—4 Wochen statt.“

Aus dem Ruhrgebiet wird über die Arbeit der Straßenzellen berichtet:

„Die Straßenzellen in Dortmund leisten keine praktische Arbeit. Sie sind der Stützpunkt der (ultralinken) Schwanschen Opposition, und die Mitglieder dieser Zellen regen sich nur vor den Wahlen zu den Delegiertenkonferenzen. Einige Straßenzellen sind sehr umfangreich.“

Aus Stuttgart wird geschrieben:

„Die Bemühungen der Genossen, die Straßenzellen regelmäßig einzuberufen, bleiben erfolglos. Oft können die Versammlungen nicht stattfinden, weil zu wenig Genossen anwesend sind.“

Die Genossen sollen nicht glauben, daß hier absichtlich nur die negativen Tatsachen über die Arbeit der Straßenzellen angeführt werden, da oben gesagt worden war, daß die meisten Kampagnen in den Wohnorten der Parteimitglieder durchgeführt wurden. Diese Arbeit wurde keineswegs von den Straßenzellen allein geleistet. Es beteiligten sich auch — nach Arbeits-schluß und an Feiertagen — Mitglieder der Betriebszellen daran (in Berlin hat es Fälle gegeben, wo Mitglieder der Betriebszellen beauftragt wurden, nach Arbeits-schluß die Wohnungen des Bezirks zu bearbeiten, in dem sie während der Kampagne beschäftigt waren, was ganz und gar unzweck-mäßig ist).

d) Große Bedeutung kommt der Frage der Funktionärkaders zu. Bei der früheren Organisationsform der Partei genügten für jede Wohnorganisation zwei bis drei Funktionäre. Im Durchschnitt brauchte man früher zwei bis drei Funktionäre auf 100 bis 150 Parteimitglieder. Durch die Reorganisier-ung auf der Grundlage der Betriebszellen ist mindestens ein Funktionär für jede Zelle erforderlich. Darum ist der Bedarf an neuen Funktionären allein schon für die Zellen sehr groß. Es kommt noch hinzu, daß in den Großstädten die Reorganisation die Schaffung von Zellengruppen erforder-lich machte (in Berlin gibt es ihrer über 100) und von den Verwaltungs-bezirken und Stadtleitungen aktivere Arbeit verlangt. Dazu sind wiederum Funktionärkaders erforderlich. In der Tat klagen alle Organisationen der legalen Länder über den Mangel an Funktionären, was ein großes Hinder-nis für die Aktivisierung der Betriebszellen ist. In dem Bericht der Bezirks-leitung Ruhrgebiet vom 6. Oktober 1926 lesen wir:

„Wir wollen noch darauf hinweisen, daß unsere Zellen besser und aktiver sein könnten, wenn wir über mehr Funktionäre verfügten.“

Dasselbe wird auch in der Tschechoslowakei festgestellt. In einem Brief des ZK der KPTsch an die Bezirksleitung von Mährisch-Ostrau wird „großer Mangel an Funktionären“ festgestellt. Dadurch läßt sich zum Teil erklären, warum einige Zellen vorzüglich arbeiten (sie verfügen über Funktionäre), und warum viele Zellen nicht lebensfähig sind und schlecht funktionieren — sie haben eben keine Funktionäre.

Viele Genossen weisen darauf hin, wie man neue Funktionärkaders schaffen könnte. Die einen schlagen vor, die marxistische Ausbildung zu verstärken, die anderen empfehlen die Organisation von Parteischulen. All das ist natürlich notwendig, darüber kann es keinen Zweifel geben. Zu neuen umfassenden Funktionärkaders kann man je-doch in der Hauptsache durch Aktivisierung der bestehenden Betriebszellen kommen. Nur in den Zellen kann man durch aktive politische Arbeit erfahrene, konsequente Kommu-nisten heranbilden, nur aus ihnen kann man durch Auslese die höheren Parteileitungen auffüllen und den ganzen Parteiapparat befestigen.

Die Verzögerung bei der Heranbildung neuer Funktionärkaders wird da-durch hervorgerufen, daß eine große Anzahl der Betriebszellen schlecht funktioniert, daß viele von ihnen noch nicht wissen, womit sie sich befassen sollen, und von den übergeordneten Parteileitungen sich selbst überlassen werden.

e) Die Unterstützung der Zellen durch die Parteileitungen. Wie bereits oben erwähnt, hängt von dem richtigen Funktionieren und der guten Arbeit

der Grundorganisationen — der Betriebs- und Straßenzellen — die erfolgreiche Arbeit der ganzen Partei ab. Wie schwer auch die Bedingungen für die Arbeit der Kommunisten in den Betrieben sein mögen, diese Arbeit ist möglich, das beweisen die vorzüglichen Erfolge eines Teiles der Betriebszellen in jedem Lande. Man kann auch nicht die ganze Schuld für die schlechte Arbeit der Betriebs- und Straßenzellen dem Mangel an Funktionären zuschreiben. Es ist durchaus möglich, die Arbeit der Zellen auch mit jenen Mitteln besser zu gestalten, über die die Kommunistische Partei verfügt, wenn sie diese Mittel geschickt und rationell ausnutzt. All das ist möglich, wenn die Arbeit der unteren Zellen und Organisationen gut geleitet wird. Die Hauptursache für die schlechte Tätigkeit der Zellen liegt darin, daß sie durch die übergeordneten Parteileitungen nicht genügend unterstützt werden. Wenn eine innerparteiliche Diskussion geführt wird oder wenn Wahlen bevorstehen, dann erhalten die Zellen Referenten und reichhaltiges Material. Bei der täglichen Arbeit fehlt das eine wie das andere.

Auf der Organisationskonferenz der KP Englands im Oktober 1926 konstatierte Genosse Brown, der Referent des ZK der KPE, folgendes:

„Nachdem die Betriebszellen geschaffen worden waren, überließ man sie ihrem Schicksal. Niemand kümmerte sich um sie.“

Bei der Erörterung der Gründe, die zum Rückgang der Zahl der Parteimitglieder in einigen Organisationen geführt haben, kommt die Org-Abteilung des ZK der KPD in einem Brief zu dem Schluß, daß

„die ungenügende Unterstützung und Kontrolle der Betriebszellen seitens der entsprechenden Parteileitungen dabei keine geringe Rolle gespielt hat. Die Bezirksleitungen schicken den Ortsleitungen und den Zellen regelmäßig Richtlinien und Hinweise allgemeinen Charakters zu. Es sind uns jedoch nicht viele Fälle bekannt, wo die Zellengruppen-, Stadtteil- und Ortsleitungen den Betriebszellen konkrete, den Bedingungen ihrer Betriebe angepaßte Hinweise gegeben haben.“

Das oben Gesagte wird fast wörtlich von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg in ihrem Bericht vom Dezember 1926 bestätigt. Ein Genosse vom 9. Berliner Verwaltungsbezirk kommt in bezug auf die Werbekampagne zu dem Schluß, daß „es an Material fehlt und daß man eine populäre Broschüre über die Rationalisierung braucht“.

Genosse Crozet befaßt sich in Nummer 62 der „Cahiers du Bolchevisme“ (Organ der KP Frankreichs) mit denselben Erscheinungen, auf die in den Berichten der KP Deutschlands hingewiesen wird, und kommt zu denselben Schlußfolgerungen: solange die übergeordneten Parteileitungen die Zellen bei ihrer Arbeit nicht unterstützen werden, wird alles beim Alten bleiben.

Um die Mängel zu beseitigen, an denen die Arbeit der Zellen leidet, um die Anleitung und die Kontrolle der Zellen zu verbessern, um sie besser mit Referenten und Literatur zu versorgen, müssen die kommunistischen Parteien der legalen Länder genau so energisch vorgehen wie bei Wahlen, Werbewochen und anderen politischen Kampagnen. Dann wird es möglich sein, die Zellen zu beleben, zu aktivisieren und zu politisieren.

Nur unter solchen Bedingungen werden die Zellen die notwendige Anzahl neuer aktiver Parteiarbeiter hervorbringen, ohne die die kommunistischen Parteien nicht zu proletarischen Massenparteien werden können.

(Schluß folgt.)

C. H. WURM:

DIE WELTWIRTSCHAFTSKONFERENZ UND DIE ARBEITERKLASSE

Die Weltwirtschaftskonferenz, die Anfang Mai 1927 stattfindet, hat eine lange Geschichte. Wenn sie nun endlich nach so langer „Vorbereitung“ zustande kommt, so interessiert die internationale Arbeiterklasse vor allem die Frage, wer hinter dieser Konferenz steht und was mit ihr bezweckt wird.

Frankreich, als der Hauptarrangeur dieser Konferenz, bezweckte seinerzeit, als Loucheur den Vorschlag der Einberufung einer solchen Konferenz in Genf machte, zweifelsohne eine Frontalstellung gegen die immer bedrohlicher werdende „Entthronung“ Europas, wie sie durch die Auswirkungen des Weltkrieges und der Nachkriegskrise hervorgerufen wurde. Die Machtstellung Frankreichs in Europa wurde mehr und mehr durch das Eindringen des Imperialismus der Vereinigten Staaten in Europa bedroht.

England sah sich nur notgedrungen veranlaßt, der Einberufung einer solchen Konferenz zuzustimmen, um das Prestige des Völkerbundes, das durch die Mißerfolge der verschiedenen Genfer Konferenzen stark gelitten hatte, etwas zu heben, während die Vereinigten Staaten überhaupt keinen Anteil nahmen. Die Engländer andererseits erklärten den Franzosen frühzeitig genug, daß der Völkerbund keine Institution sei, die derartig komplizierte Probleme, wie sie die wirtschaftlicher Natur seien, behandeln könne. So war die Konferenz anfänglich eine rein europäische Angelegenheit und wurde dementsprechend sowohl von England als auch von den Vereinigten Staaten bewertet.

Doch seit dem ersten Versuch zur Vorbereitung dieser Konferenz hat sich die weltpolitische Situation gründlich geändert, was die konservative Presse Englands bei einer Besprechung der Weltwirtschaftskonferenz dahingehend ausdrückte, daß die wichtigsten Probleme, mit denen sich die Mächte zu beschäftigen haben, heute außerhalb Europas liegen. Hinzugefügt wurde, daß dies in erster Linie die Probleme des Fernen Ostens seien. Im Fernen Osten sind mit der Ausbreitung der chinesischen Revolution Ereignisse eingetreten, die den englischen Imperialismus aufs ernsteste bedrohen.

Veranlaßt durch die weltpolitischen Veränderungen hat nun England gegenüber der kommenden Weltwirtschaftskonferenz eine neue Stellung bezogen. Als seinerzeit die Vorbereitungsarbeiten begannen, war das englische Interesse an der Konferenz rein negativer Natur. Soweit man damals die Konferenz in der englischen Presse überhaupt erwähnte, betonte man den utopischen und reaktionären Charakter der von den Franzosen in den Mittelpunkt gestellten Fragen. Diesen utopischen Plänen gegenüber müsse, so betonte damals die englische Presse, England die Festigung seines eigenen Imperiums als die für den Augenblick wichtigste Aufgabe betrachten. Soweit die englischen Vertreter auf der vorbereitenden Konferenz sich bemerkbar machten, waren sie nur beherrscht von dem Gedanken, eine sich anbahnende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nach Möglichkeit zu erschweren.

Der destruktive Charakter des englischen Auftretens gegenüber den europäischen Mächten, besonders gegen Frankreich als dem Hauptinteressierten an der Konferenz, entsprach damals vollkommen dem weltpolitischen Interesse Englands. Frankreich beherrschte fast den ganzen europäischen Kontinent. Deutschland war kaum aus der empfindlichen Niederlage, die ihm von seiten der französischen Schwerindustrie zugefügt worden war, heraus und war in dieser Epoche mehr oder weniger geschickt vor den französischen Karren gespannt.

Heute nun hat sich das Bild gründlich verändert. Der französische Einfluß in den Vasallenstaaten Europas ist stark zurückgegangen. Die englische Außenpolitik gewinnt zunehmenden Einfluß in den Randstaaten, in Polen und auf dem Balkan. Das Foreign Office hält heute als wichtigste Karte die Isolierung der Sowjetunion in Händen. Dabei sind aber für England noch einige Schwierigkeiten zu lösen, in deren Vordergrund das französisch-deutsche und das deutsch-polnische Verhältnis steht. Kann nun England von der Weltwirtschaftskonferenz erwarten, daß sie diese Hauptaufgabe der englischen Außenpolitik fördert? England hofft dies zweifelsohne, und deshalb sehen wir von seiten Englands gegenüber der Weltwirtschaftskonferenz eine wesentlich veränderte Taktik. Wenn noch vor einem Jahr die Konferenz bzw. die Vorbereitungsarbeiten in England kaum beachtet wurden, so sehen wir jetzt in der englischen Presse eingehende Besprechungen der Weltwirtschaftskonferenz. Wohl hat sich, was die Fragen der Weltwirtschaftskrise anbelangt, die Haltung Englands nicht geändert. Auch jetzt ist man noch davon überzeugt, daß in bezug auf diese Frage die Konferenz über eine öffentliche Diskussion nicht hinauskommen wird. Doch was die Konferenz erreichen müsse, drückt eine der maßgebenden englischen konservativen Zeitschriften, „Round Table“, aus, die in einem großangelegten Artikel im Märzheft 1927 betont, daß die Konferenz vor allem zu einer Verständigung gelangen müsse über „gewisse Prinzipien der Politik“. Die Auguren lächeln ob dieser von England vertretenen Prinzipien. Trotz aller Vorsicht in der Formulierung lassen sie in bezug auf die Stoßrichtung, in der sie gehen, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Und hier liegt auch der Hund begraben. Hier liegen die tieferen Gründe der englischen Imperialisten, die uns die Schwenkung Englands gegenüber der Konferenz verständlich machen. So bildet die Weltwirtschaftskonferenz für England ein weiteres Glied in der Kette seiner mit sehr viel Energie verfolgten Politik gegen die Sowjetunion. Es ist die Fortsetzung der nur kurze Zeit unterbrochenen Tätigkeit des Foreign Office, nur auf einem anderen Boden, auf einem anderen Wirkungsfeld. Es ist die Politik „gegen die verhaßte russische Revolution“, wie sich vor kurzem der bekannte und einflußreiche englische Außenpolitiker „Augur“ in einem Buche auszudrücken beliebte. Indem wir dies schreiben, sind wir davon überzeugt, daß Chamberlain mit „Entrüstung“ von sich weisen wird, daß England eine Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion betreibt und auf der Weltwirtschaftskonferenz fortsetze, und es wird auch nicht an Stimmen von Pressesöldlingen der II. Internationale fehlen, die erklären, daß die III. Internationale voll und ganz die Politik des englischen Imperialismus verkenne. „Lascia dir le genti.“

Doch wäre es zweifellos verfehlt, nun von England auf dieser Wirtschafts-

konferenz ein offenes Auftreten gegen die Sowjetunion zu erwarten. England wird im Gegenteil versuchen, dieses sein Hauptinteresse auf der Konferenz geschickt mit einer Reihe von wirtschaftlichen Fragen zu verbinden, wobei man auch hier sehr wohl zwischen den Methoden zu unterscheiden hat. Schon der deutsche Vertreter auf der Konferenz, Trendelenburg, hat seinerzeit betont, daß eines der Hauptprobleme der Konferenz die Ostfrage bilde. Hier handelt es sich vor allem um den russischen Absatzmarkt. Das russische Außenhandelsmonopol scheint den westeuropäischen Kapitalisten gleichsam eine chinesische Mauer zu sein, die dem Eindringen des Kapitalismus in Rußland auf dem Wege des Warenaustausches ein Paroli bietet. Das Außenhandelsmonopol als eine der wichtigsten Waffen des proletarischen Staates gegen die kapitalistische Umwelt ist natürlich dem Weltkapitalismus längst ein Dorn im Auge. Die Argumente der kapitalistischen Welt gegen das Außenhandelsmonopol sind geläufig. So heißt es, daß die Sowjetunion zwecks Beseitigung der Weltwirtschaftskrise wieder in den kapitalistischen Nexus einbezogen werden müsse. Dem aber steht das Außenhandelsmonopol hindernd im Wege, da auf Basis desselben ein „vernünftiger“ Handel nicht getrieben werden könne. Da wird man, wie es in der Politik bereits geschehen ist, die Sowjetunion als den eigentlichen Störenfried im Bunde der europäischen Staaten bezeichnen, dessen Politik eine Gesundung der europäischen Wirtschaft nicht zuläßt, was aber wieder dazu zwingt, die Beziehungen zur Sowjetunion auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die weiteren Argumente von hier aus sind dann nicht schwer: wirtschaftlicher und finanzieller Boykott des proletarischen Staates.

Wie weit England in der Lage ist, tatsächlich diese seine politische Linie durchzusetzen, hängt jedoch nicht von ihm allein ab, und so wie die Dinge gegenwärtig liegen, sind dabei für England nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Plan der „Schaffung“ einer europäischen Zollunion, der auch zur Debatte steht und mit dem die Paneuropa-Frage eng verbunden ist, hat neben seinem reaktionär utopischen auch seinen antisowjetistischen Charakter deutlich zum Ausdruck gebracht. Ihm liegt gegenwärtig zugrunde der Plan einer Zusammenfassung der europäischen Kontinentalstaaten unter französisch-deutscher Hegemonie und der Anschluß dieses Blockes an die anglo-amerikanische Welt zum Kampf gegen die Sowjetunion. In der Wahl zwischen Sowjetrußland und dem anglo-amerikanischen Imperialismus ist mit der Frage auch schon die Antwort gegeben, schrieb vor kurzem der bekannte gräfliche Propagandist der Paneuropa-Idee, der Ungar Coudenhove-Kalergi: „Der Block kann seinem Wesen nach nur ein kapitalistischer sein.“

Wir sehen hier ganz ab von dem utopischen und reaktionären Grundzug dieser Paneuropa-Idee, was von den kapitalistischen Kreisen selbst genügend festgehalten ist, und weisen nur darauf hin, daß es der II. Internationale vorbehalten blieb, in diesem Plan ein „wirkliches“ Mittel zur Lösung der europäischen Wirtschaftskrise zu sehen. Der eigentliche Zweck dieser Stellungnahme ist aber in diesem Fall ein absolut klarer. Man will im Lager der Arbeiterklasse neue Illusionen wecken, will ablenken von den Grundwidersprüchen, denen letzten Endes die Krise in Europa entspringt, die nur durch die Beseitigung des kapitalistischen Systems selbst über-

wunden werden kann. Bei einer derartigen Agitation entpuppt sich die Krise als ein Schönheitsfehler des Systems, der durch gegenseitige Beratung und Verständigung überwunden werden könne. Dann aber werden die Schwierigkeiten, in denen sich der europäische Kapitalismus befindet, zu Schwierigkeiten, denen sich die konkreten Interessen der Arbeiterklasse unterzuordnen haben. Die mit der Rationalisierung verbundene Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse erhält ein neues Element, die Rücksicht auf die allgemeine Lage, das die Arbeiterklasse im Kampf gegen das Kapital nun in Rechnung stellen müsse: Ablenkung der Massen von dem Kampf gegen den Kapitalismus im nationalen Maßstabe ist das weitere Ziel, das die Mannen der II. Internationale mit ihrer Stellung zur Weltwirtschaftskonferenz verbinden und das eng zusammenhängt mit der Politik der Verschleierung gegenüber den Kriegsvorbereitungen des englischen Kapitalismus.

Doch mit dieser Haltung der II. Internationale sind die Gefahrenmomente, die der Arbeiterklasse von der Konferenz drohen, noch nicht erschöpft. Ein weiterer Punkt, der besonders von der französischen und deutschen Schwerindustrie gefördert wird, ist die Trust- und Monopolfrage, die Kartellierung auf internationaler Basis. Nicht nur, daß hier ein internationaler Raubzug auf die Taschen der Konsumenten organisiert wird, wodurch besonders das Interesse der Konsumentenorganisationen gegenüber den Bestrebungen der Konferenz geweckt wird, nein, hier handelt es sich vor allem um die Organisierung eines einheitlichen internationalen Kampfes gegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse und in erster Linie gegen die Verhältnisse in den europäischen Ländern. Hier wird zweifelsohne ein Rationalisierungsraubzug gegen die Arbeiterklasse auf internationaler Basis vorbereitet. Diese Gefahrenmomente zwingen die internationale Arbeiterklasse ihrerseits zu erhöhter Aufmerksamkeit, wodurch die alte kommunistische Forderung zur Schaffung einer internationalen Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes eine erneute und aktuelle Bedeutung erhält.

Bleiben nun die Fragen, die unmittelbar die imperialistischen Länder untereinander und die Verhältnisse zwischen ihnen und den zurückgebliebenen Ländern betreffen und die Gegenstand der Beratungen der Weltwirtschaftskonferenz sein werden. Im Mittelpunkt der Fragen, die die Beziehungen der imperialistischen Länder zu den Balkanländern usw. betreffen, stehen die Schutz- bzw. Ausfuhrzölle auf Rohstoffe usw. Länder wie Oesterreich, Rumänien, Bulgarien, Polen, Jugoslawien, Ungarn und Spanien erheben auf die Ausfuhr von Rohstoffen bzw. Einfuhr von Fertigwaren außerordentlich hohe Zölle. Dabei ist zu betonen, daß die Hochschutzzollpolitik der großen imperialistischen Staaten, wie Vereinigte Staaten, England, Frankreich, Deutschland, jedoch in bezug auf die Höhe der Zölle diesen Balkanländern durchaus nicht nachsteht. Dem Kampf gegen die Zölle der Balkanländer liegt also ein anderer Faktor zugrunde, und zwar der, die Entwicklung dieser Länder zu Industriestaaten wenn nicht zu verhindern, so doch möglichst zu erschweren. Es ist klar, daß die Abhängigkeit dieser Länder von den großen Imperialisten eine weit größere ist, wenn eine möglichste Industrialisierung dieser Länder verhindert wird. Der Kampf, der nun gegen diese kleinen Staaten geführt wird, erfolgt unter

der Losung eines Kampfes gegen den „kurzsichtigen“ Imperialismus. Die kleinen Länder produzieren in ihren eigenen Industrien viel zu teuer. Es entstehen hohe Produktionspreise, die zu einer starken Belastung der Konsumenten führen, was wiederum den allgemeinen Warenabsatz einschränkt. Hier kommt ein ähnliches Argument zum Ausdruck, als es z. B. die deutsche Sozialdemokratie gegenüber der Rationalisierung zur Anwendung brachte, nämlich, durch eine mögliche Herabsetzung der Preise den Massenabsatz zu erhöhen. So illusionär wie dieses Mittel ist, so illusionär sind auch die Versuche, durch einen Druck auf die Balkanländer zwecks Verringerung der Zollsätze die Krisen der europäischen Wirtschaft zu beseitigen. Nichtsdestoweniger wird sich jedoch auf der Weltwirtschaftskonferenz eine Front der großen imperialistischen Länder gegen die abhängigen Staaten formieren, mit dem Hauptzwecke, die Abhängigkeit der kleinen von den großen auch auf wirtschaftlichem Gebiete vollständig durchzuführen.

Wenn auf diesem Gebiete vielleicht noch ein gemeinsames Handeln der Imperialisten zustande kommt, so ist ein anderes Kapitel von weit größerer Wichtigkeit, und zwar jenes, in dem die Widersprüche unter den einzelnen kapitalistischen Ländern selbst zum Ausdruck kommen. Es ist zwar zu betonen, daß man schon die Tagesordnung so festgelegt hat, daß derartige Zusammenstöße möglichst vermieden werden. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Widersprüche in verschärfter Form vorhanden sind, und daß sie sogar in dem vom Völkerbund vorbereiteten Material genügend zum Ausdruck kommen. Zu diesem Punkt wird besonders die allgemeine Einschätzung der Konferenz von Seiten der Imperialisten aktuell, da sie eben nur den Wert einer öffentlichen Diskussion habe, deren Resultate für die einzelnen Staaten keine bindenden Abmachungen sein können. Ausdruck dieser Einschätzung ist die Form der Delegationen, die nach außen hin nicht als Vertreter ihrer Regierungen erscheinen, sondern als Sachverständige, die „in ruhiger Diskussion“ Lösungen vorzuschlagen haben.

Bei Verfolgung dieser Gegensätze zwischen den imperialistischen Gruppen ist einmal auf den Gegensatz zwischen dem Industrie- und dem Finanzkapital, der vielfach vorhanden ist, aufmerksam zu machen und andererseits auf die Gegensätze, die zwischen den imperialistischen Mächten überhaupt bestehen. Ein Ausdruck ersteren Gegensatzes war das im vorigen Jahr veröffentlichte Manifest der Bankiers. Die These dieses Manifestes war dahin abgestimmt, daß im allgemeinen die Preise durch künstliche Maßnahmen zu sehr gestiegen seien, darum müßten die Zollschranken international beseitigt werden. Daß dieses Dokument selbst die Unterzeichner zu nichts verpflichtete, bewiesen nicht nur die Vorkommnisse kurz nach der Veröffentlichung des Manifestes, sondern auch die Personen selbst, die dieses Manifest unterzeichneten. So wurde es z. B. von deutscher Seite unterschrieben von Leuten wie Vögler und Deutsch, die als eifrige Propagandisten und Befürworter von Hochschutzzöllen für die deutsche Industrie bekannt sind. Nicht besser ist die Lage in bezug auf die Unterzeichner der andern Länder. Trotzdem hat dieses Manifest in den kapitalistischen Kreisen aller Länder einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, der Ausdruck der krassen und unüberbrückbaren Widersprüche, die in dieser Frage vorhanden sind, war. So betonte Coolidge, daß zwischen den

Methoden und Zollsystemen der europäischen Staaten und dem Zollsystem der Vereinigten Staaten ein beträchtlicher Unterschied bestehe. Er faßte den Wert des Manifestes dahingehend zusammen, daß es überhaupt nur Bedeutung für die europäischen Staaten habe. Mellon andererseits betonte, daß gerade die Zölle in den Vereinigten Staaten die Ursache des gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunges Amerikas seien, und daß man nicht daran denke, daran zu rütteln. Wenn nun trotzdem einzelne Vertreter der Hochfinanz diesem Manifest zustimmten, so erstens nur in der einschränkenden Form, daß es für die europäischen Länder eine aktuelle Bedeutung habe, und dann zweitens, weil sie am Kapitalexport interessiert sind.

Keine bessere Beurteilung fand das Manifest in den europäischen Staaten. England machte darauf aufmerksam, daß im Vordergrund der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Probleme nicht Europa, sondern vor allem Rußland, China, Indien und die Türkei stehen. Im übrigen erklärte die englische Presse in sehr demagogischer Weise, daß weder in Deutschland noch in Frankreich irgendeine Macht daran denke, die Hochschutzzölle zu beseitigen. Die deutsche Presse wiederum erklärte sich im allgemeinen mit dem Manifest einverstanden, da sie zur Genüge ihre Pappenheimer kannte und für Deutschland durchaus nicht die Gefahr einer Herabsetzung der Hochschutzzölle vorhanden ist.

Die verschiedenartige und veränderte Stellungnahme der einzelnen imperialistischen Länder zur Konferenz, je nach der Zeit, in der sie zum Ausdruck gebracht wurde, zeigt mit noch viel größerer Deutlichkeit die unlösbaren Widersprüche auf, die zwischen den einzelnen Ländern bestehen. Während Frankreich Anfang 1924 seine Pfeile in erster Linie gegen Deutschland abschnellte, war die Stellung des französischen Vertreters auf der Vorkonferenz mit aller Deutlichkeit gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Die Schwenkung der Franzosen war einmal Ausdruck der sich anbahnenden deutsch-französischen Verständigung, andererseits aber auch ein deutlicher Hinweis auf die starke Abkühlung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Der amerikanische Gedanke, eine internationale Kreditbank in Europa einzurichten, wurde von den Franzosen dahingehend definiert, daß er einen Versuch der Vereinigten Staaten darstelle, die Machtstellung Frankreichs in Europa zu beseitigen und eine Hegemonie der Vereinigten Staaten aufzurichten. Damals betonten auch die Franzosen, daß sie internationale Abmachungen über die Währungsstabilisierung unter allen Umständen ablehnen müßten, da dies Sache der einzelnen Staaten selbst sei. Dies wiederum war ein Ausdruck der außerordentlichen Rentabilität der Inflation für das französische Kapital. Heute nun hat Frankreich wieder seine Stellung verändert und nach Loucheur ist die wichtigste Frage die, daß die Konferenz internationale Abmachungen zwischen den einzelnen Industrien fördere, wie sie bereits zwischen Deutschland und Frankreich auf verschiedenen Gebieten zustande gekommen sind.

Deutschland wiederum arbeitete anfänglich, was die Monopolfragen angeht, mit den Franzosen Hand in Hand. Handelspolitisch wurde Meistbegünstigung in allen europäischen Ländern verlangt, jedoch keine Beseitigung der Einfuhrzölle. Die Note gegen Frankreich war in der Forderung der Stabilisierung für alle Länder ausgedrückt. Dabei verfehlte man auch nicht, den Angriff gegen die Entente überhaupt zu richten, indem

betont wurde, daß erst der Vertrag von Versailles ganz Mitteleuropa politisch und zollpolitisch zerstückelt habe. Ueber das Problem einer europäischen Zollunion schrieb die schwerindustrielle Bergwerkszeitung:

„Man hat dieses lockende Bild in der jüngsten Zeit wohl in allen Ländern betrachtet, aber bei dieser Betrachtung türmten sich dann auf allen Seiten die Schwierigkeiten bergehoch auf. Da ist zunächst Rußland. Rußland müßte hinein, wenn es mit der selbsttragenden Rohstoffversorgung ernst sein sollte. Ist unter dem Sowjetregiment eine Möglichkeit des Beitritts von Rußland vorhanden? ... Soll zwischen England und seinem Weltreich unterschieden werden? Sollen sie handelspolitisch getrennt werden? Man hat die Frage in England in sehr maßgebenden und sachkundigen Kreisen erörtert und man ist zu dem Schluß gekommen: Wenn ja, dann ist der Preis für uns zu hoch. Und dann ist da für Deutschland der Vertrag von Versailles, der uns Fesseln anlegt, die eine so groß gedachte Völkervereinigung nicht möglich machen, und das Dawes-Abkommen, das uns erdrückt. Und das sind nur die allergrößten und schwierigsten Fragen. Tausend andere werfen sich auf, sobald man in die Einzelheiten geht.“

In diesen wenigen Worten der Bergwerkszeitung sind Berge von Schwierigkeiten, Differenzen und Widersprüchen gekennzeichnet, die von der Weltwirtschaftskonferenz nicht einmal aufgeworfen, geschweige denn gelöst werden können.

Auf die veränderte Stellungnahme Englands sind wir bereits eingangs des Artikels eingegangen. Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß vor der Vorkonferenz in einem Artikel des „Round Table“ an die Adresse Frankreichs erklärt wurde, daß jeder Versuch einer Kampfstellung gegen Amerika und England absolut unwirksam bleibe.

Schließlich noch ein Wort hinsichtlich der Haltung der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten erklärten seinerzeit, daß sie mehr oder weniger nur eine beobachtende Haltung gegenüber dieser Konferenz einnehmen. Daran wird auch nichts geändert, wenn nun die Vereinigten Staaten sich entschlossen haben, eine Delegation zur Konferenz zu entsenden. Ihre Aufgabe wird es vor allem sein, jeden Versuch, der von dem einen oder anderen imperialistischen Land unternommen wird, der Konferenz eine Spitze gegen die Vereinigten Staaten zu geben, im Keime zu erstickten.

So türmen sich vor der Weltwirtschaftskonferenz mehr Widersprüche von gewaltiger Bedeutung auf, als Länder vorhanden sind. Widersprüche, die weder durch Kompromißformeln, noch durch Resolutionen und Erklärungen gebannt werden können. Und so ist die internationale Konferenz „für den Wirtschaftsfrieden“ zugleich Ausdruck der zum Krieg treibenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Gruppen und Staaten, wobei es nur der II. Internationale vorbehalten blieb, in der Konferenz eine Lösungsmöglichkeit der kapitalistischen Widersprüche zu sehen.

Andererseits steht auf der Konferenz nicht eine einzige Frage zur Behandlung, die die Nöte der europäischen Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt. So wurde die von den Amsterdamer vorgeschlagene Arbeitslosenfrage sowie die Auswanderungsfrage von der Tagesordnung verbannt. Lohn- und Arbeitszeitfragen existieren für die Vertreter der imperialistischen Länder nicht, oder nur insoweit, als man einen gemeinsamen Angriff auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse Europas vorbereitet. Gerade dieser Punkt gibt der internationalen Arbeiterklasse doppelte Veranlassung, für die Schaffung einer internationalen geeinten und zum Kampf bereiten Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen, die dem auf internationaler Basis sich

formierenden Kapitalismus gewachsen ist. Doch das ist nicht die einzige Frage, die von seiten der internationalen Arbeiterklasse Aufmerksamkeit erfordert. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß mit der Konferenz aufs engste die Fragen der Kriegsgefahr zusammenhängen. Gerade das Spiel der englischen Diplomatie in der letzten Zeit gibt Veranlassung, ihrem Vorgehen auf der kommenden Konferenz genaueste Beachtung zu schenken.

A. M.:

REVUE DES REVUES*

In der Januarnummer der „Socialist Review“ gibt Macdonald seine „staatsmännische Klugheit“ zum besten und erörtert tief sinnig die brennendsten Probleme der englischen Außenpolitik: China und Rußland. Wir kennen ja diese heuchlerische, zweideutige, phrasenreiche Einstellung, die formell gegen das verbrecherische Treiben der Banditenbande, der konservativen Regierung, protestiert, im Grunde genommen aber nichts tut, um diesem Treiben energisch entgegenzutreten. Angesichts der bevorstehenden Wahlen will Herr Macdonald auch den Anschein erwecken, als ob er der blutdürstigen Politik der imperialistischen Räuber in den Weg träte, in Wirklichkeit aber läßt er den Bösewichten freie Hand. Denn was bedeutet eigentlich seine Kritik in der chinesischen Frage, wenn er folgendes sagt:

„Die alten Verhältnisse Chinas haben uns gewisse Verpflichtungen auferlegt, und diese Verpflichtungen müssen bestehen bleiben, solange wir uns nicht durch Verhandlungen von ihnen freigemacht haben.“

Und weiter:

„Wir müßten unsere Leute aus allen ferner liegenden Bezirken und unsere Marinekräfte aus den entfernt gelegenen Stationen zurückziehen, so daß wir die Möglichkeiten eines Konfliktes auf ein Mindestmaß beschränken und der Kanton-Regierung klar machen können, daß, welche Kräfte immer in den chinesischen Gewässern verbleiben, sie nur für die Verteidigung des Lebens der Briten bestimmt sind, um sofort zurückgezogen zu werden, sobald die Bedrohung beseitigt ist. Wir haben nicht nur darauf zu sehen, daß unsere Politik vernünftig sei, wir müssen vielmehr auch die Kanton-Regierung veranlassen, daß sie uns gegenüber vernünftig sei.“

Nun, ist das nicht Chamberlains Programm, nur anders ausgedrückt? Auch Chamberlain behauptet, daß England Interessen zu verteidigen hat, d. h. die durch Lug, Trug, Raub, Krieg, rohe Gewalt und Mord dem chinesischen Volke aufgezwungenen Verpflichtungen sollen vom chinesischen Volke erfüllt werden, das, was Räuber vor einigen Jahrzehnten dem chinesischen Volke raubten, sollen die ebenso räuberischen Nachfolger in Ruhe verzehren können, denn sonst reden die Kanonen. Englische Truppen sollen in China nur dazu dienen, „britisches Leben“ zu beschützen, etwas anderes haben sie dort nicht zu tun! Und was haben denn Chamberlain, Churchill und die ganze Bande je anderes behauptet. Hat denn Chamberlain nach der Beschießung Nankings nicht wörtlich Macdonalds Worte wiederholt?

Was hilft es, daß Macdonald in der Märznummer Radeks Artikel aus der „Iswestija“ abdruckt. Bei allen formellen Einwänden und Zitaten bleibt Macdonald der Helfer Chamberlains und ist zusammen mit seinen Leuten mitverantwortlich für die Bluttaten des Imperialismus und verantwortlich für das herannahende Kriegsgewitter, das er mit Worten bekämpfen will, mit Taten aber kräftig fördert.

In der Februarnummer haben wir einen interessanten Artikel über Mexiko von W. Delatore, dem Leiter der sozialistischen Studentenbewegung in den Südamerikanischen Staaten.

Es erübrigt sich, die Leser unserer Zeitschrift besonders auf die riesige Bedeutung Südamerikas im Kampfe gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten aufmerksam zu

* „The Socialist Review“.

machen. Die mexikanische Frage, die letzten Ereignisse in Nikaragua beweisen zur Genüge, daß auch in Lateinamerika eine wachsende revolutionäre Kraft existiert, und wir müssen diesen Ereignissen die größte Aufmerksamkeit schenken. Hier einiges aus dem Artikel Delatores. Drei reaktionäre Kräfte stellen sich dem mexikanischen Volke in seinem Befreiungskampfe entgegen: die Großgrundbesitzer, die Vereinigten Staaten Nordamerikas und die römisch-katholische Kirche. Die Großgrundbesitzer erreichten den Gipfel ihrer Macht unter dem Diktator Diaz (1876—1910). Damals hielten 834 Grundbesitzer fast das ganze bebaute Land in Händen, sie hielten über 10 Millionen enteignete mexikanische Bauern unter ihrem Joch.

Gleichzeitig haben folgende fremden Mächte in Mexiko Kapital investiert: Vereinigte Staaten 1058 Millionen Dollar, England 321 Millionen, Frankreich 143 Millionen. Das einheimische Kapital umfaßt 793 Millionen Dollar.

Seit der Erhebung im Jahre 1910 gegen den Diktator Diaz kämpfen die mexikanischen Bauern und Proletarier gegen die drei reaktionären Mächte: die Agrarier, die Kirche und den Imperialismus Nordamerikas.

Die Revolution hat 1917 in Mexiko eine neue Verfassung ins Leben gerufen. Die Nationalisierung des Grund und Bodens laut dem § 7 der Verfassung und ein Erlaß, laut dem nur Mexikanern das Recht eingeräumt wird, Land usw. zu erwerben, haben einen scharfen Konflikt mit den Vereinigten Staaten hervorgerufen.

Dieses Gesetz bedrohte die amerikanischen Petroleumkönige mit Enteignung. Nach langen Debatten und diplomatischen Kämpfen haben die Vereinigten Staaten Amerikas erzwungen, daß dem Enteignungsparagraphen die „rückwirkende Kraft“ genommen würde; das war im März 1926. Auf solche Art sind die Petroleumhelden Amerikas zufriedengestellt und bleiben Herren ihres Besitzes. Das von 1901 bis 1924 in der Petroleumindustrie neu investierte Kapital setzt sich aus folgenden Summen zusammen:

Vereinigte Staaten 614 487 263 Dollar; England 356 776 199; Holland 75 758 960; Mexiko 11 582 405.

Der Kampf gegen die katholische Kirche ist im vorigen Frühjahr von neuem entbrannt und die Regierung hat energische Maßnahmen getroffen, um den Widerstand der Kirche endgültig zu brechen. Es ist interessant und kennzeichnend, daß die Vereinigten Staaten die katholische Kirche nach Kräften unterstützen.

Einen recht „lustigen“ Artikel bringt uns die Märznummer. Wilfred Wellock belehrt uns über „Kapitalismus und Wucher“. Die Redaktion bemerkt zwar zum Artikel: „Es gibt vieles in seinem Artikel, das für strittig gehalten werden kann.“ Aber es ist höchst kennzeichnend für die Verworrenheit und das niedrige theoretische Niveau des englischen Sozialismus und der besprochenen Zeitschrift, daß man einen derartigen Artikel überhaupt abdruckt. Wellock hat die Grundursache aller sozialen Uebel gefunden, es ist der Wucher! Das ist freilich nicht neu, erklärt aber doch alle Dinge. Warum nicht an das alte Testament erinnern, an die Kirchenväter, die Päpste, die Kirche im Mittelalter, Martin Luther, die ja alle insgesamt den Wucher verdammen. Dann kommen die Könige, die Regierungen, die Staatsmänner, Napoleon, Gladstone, dann kommt plötzlich mittendrin Adam Smith, der zwar nicht von dem Wucher, aber von der Staatsschuld redet, das ist aber für Herrn Wellock gehupft wie gesprungen, er betrachtet ja jeden Zins — er ist ja sehr radikal — als Wucher und will also überhaupt den Zins abschaffen und dadurch den Kapitalismus aus der Welt schaffen. Denn bedenkt nur die schrecklichen Folgen des Zinsenzahlens! Hier fängt es an, tragisch zu wirken. Hört zu, ihr Profanen, die ihr nichts vom Kapitalismus versteht:

„Vor ungefähr 30 Jahren wurde ein Mädchen in einem gewissen Dorfe Englands geboren. Ein Geburtstagsgeschenk von 200 000 Pfund wurde auf seinen Namen angelegt. Das Kind wurde dazu erzogen, eine Dame zu sein, das Leben zu genießen und jeglichen Luxus auszukosten. Sie hat niemals gearbeitet, da sie dies auch nicht zu tun wüßte. Mit 21 Jahren verlangte sie ihr Guthaben, das mit der Zeit auf nahezu eine halbe Million Pfund angewachsen war.“

„Vor Jahren wurden für einen amerikanischen Jungen, der in einer Heilanstalt untergebracht werden mußte, am gleichen Tage 50 000 Pfund angelegt. Mit 44 Jahren wurde er der Gesundheit wiedergegeben, und als er aus dem Asyl herauskam, war er ein Millionär.“

Jetzt endlich haben wir das Grundübel an der Wurzel gepackt. Man leiht Leuten Geld oder legt es an in einer Bank, die Zinsen, ja Zinseszinsen zahlt, und auf solche Weise wird die ganze Welt dem Abgrunde nahe gebracht. Die einen schwitzen, plagen sich ab, für

andere wird, kaum daß sie zur Welt kommen, in einer Kreditbank Geld angelegt, sie warten ruhig, 40 Jahre, dann werden sie Millionäre und fertig. Woher kam der Krieg? Wellock antwortet: er war eine Folge der hohen Zinsen, die für die Anleihen zu zahlen sind. Was für ein Glück für uns und für Herrn Wellock, daß die uns seit der Kindheit bekannte Geschichte, die beim Unterricht in Mathematik immer wiederholt wurde, der Realität entbehrt. Hat man uns doch erzählt, ein ehrlicher Christ habe im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung einen Groschen ausgeliehen, selbstverständlich gegen Zinsvergütung, nun käme er auf einmal mit der Forderung, der Groschen mit den entsprechenden Zinsen für 2000 Jahre sei ihm auszuzahlen. Herr Wellock, seien sie ruhig. Glücklicherweise haben die Erben des biederen Christen die entsprechenden Dokumente verloren. Folglich werden wir das Geld nicht auszahlen müssen, denn sonst würde ja der ganze Reichtum der kapitalistischen Welt nicht ausreichen, die Schuld zu bezahlen.

Was man uns in der Schule als arithmetische Anekdote zum besten gab, damit ist es dem Herrn Wellock vollster Ernst. Was bedeutet Zins, woher kommt er, ist er Begleiterscheinung, nicht Ursache oder Folge, welche Bedeutung ist ihm beizumessen und was heißt Bekämpfung und Abschaffung des Zinses? Das alles sind Fragen, die Wellock nicht einmal ahnt. In vollster Gemütsruhe schlägt er vor, den Zinsfuß zuerst staatlich zu reduzieren, sagen wir auf 5 Prozent, allmählich ihn ganz abzuschaffen und dann, dann sind wir in Sicherheit.

Tiefsinnig bemerkt er abschließend:

„Die Einführung des Wuchers war lange Zeit durch die Unehrllichkeit von Königen verschuldet, die mit jenen, die ihnen Geld liehen, Katz und Maus spielten. Um sich sicherzustellen, nahmen letztere zum Wucher Zuflucht, wodurch sie das Risiko decken wollten; später schuf die zentralisierte Industrie große Nachfrage nach Kapital, das auf diese Weise imstande war, seinen Preis zu bestimmen. Wenn sich aber das Kapital in den Händen einer sozial erwachenden Gemeinschaft befindet, ist es sicher und braucht keine Zinsen.“

Jetzt haben wir's endlich: hat die Gesellschaft das Kapital in ihren Händen, dann bietet sie doch vollständige Garantie für das geliehene Geld, warum also Zinsen zahlen? Hier glaubt also unser „sozialistischer Nationalökonom“, der Zins wäre nur die Vergütung für das Risiko; gibt's kein Risiko, gibt's keine Zinsen. Und so werden also die neuen Bankiers Gelder anlegen, einige Jahrzehnte ruhig warten und dann dieselbe Summe wieder bekommen. Ist das nicht einfach und einleuchtend?

Zwar wissen wir, daß es in der kapitalistischen Welt ganz anders zugeht. Herr Wellock scheint sich aber sehr wenig um diese wirkliche Welt zu kümmern. Wir befürchten, daß Herrn Wellocks welterschütterndes Zinsabschaffungsprogramm ebensowenig den Kapitalismus bedroht wie Herrn Macdonalds Chinaprogramm. Wir werden sicherlich kein großes Geheimnis enthüllen, wenn wir ihm sagen, daß im Grunde genommen Herr Wellock mit einer Bärenignoranz und Naivität sondergleichen, und Herr Macdonald mit seiner verschmitzten Schlaueit ein und dasselbe bezwecken, und zwar: nicht dem Kapitalismus auf den Leib zu rücken, aber durch törichte Theorien und durch unehrliche, heuchlerische Politik die großen Massen dem Wucher des Kapitalismus und Imperialismus dienstbar zu machen.

S. P.:

DIE STAATSAUSGABEN VON GROSSBRITANNIEN, FRANKREICH, BELGIEN UND ITALIEN*

Die genannte zweite Publikation des deutschen Reichsstatistischen Amtes über die Staatsausgaben der europäischen Staaten: England, Frankreich, Belgien und Italien, gibt ein überaus wertvolles Bild der finanziellen Lage dieser Staaten. Ihr Inhalt ist bedeutend umfassender, als man der Bezeichnung nach zunächst annehmen möchte. Hier findet man nicht nur eine eingehende Analyse des Ausgabenteiles des Budgets dieser Länder, und zwar nach den Hauptgruppen, sondern auch eine allgemeine Charakterisierung der finanziellen Lage, zahlreiche Tabellen, die einen Eindruck von der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder vermitteln, den Versuch eines Vergleichs des spezifischen Gewichts der einzelnen Ausgabeposten in den Budgets vor und nach dem Kriege, eine gedrängte Uebersicht der kommunalen Ausgaben, ferner einen Vergleich der Staatsausgaben mit den Gesamteinnahmen des Landes und endlich überaus reichhaltiges bibliographisches Material über Finanzfragen. In einer Beilage werden noch Budgetdaten für folgende Länder gebracht: Norwegen, Schweden und Dänemark (vor und nach dem Kriege), Finnland (1927), Estland (1926/27), Lettland (1927/28), Litauen (1927), Sowjetunion (1925/26), Polen (1927/28), Jugoslawien (1926/27), Bulgarien (1924/25), Türkei (1927), Oesterreich (1927), Holland, Spanien, Schweiz, Vereinigte Staaten, Kanada und Argentinien (vor und nach dem Kriege), Bolivien (1926), Peru (1927), Siam (1925/26), Japan und Australien (1913/14 und 1925/26).

Im Rahmen einer kurzen Besprechung kann natürlich nicht der Versuch gemacht werden, die Methoden dieser Arbeit zu analysieren oder auch nur selbst die wichtigsten Schlußfolgerungen zu ziehen, die sich beim Studium dieses ungeheuren und reichen Ziffernmaterials der Monographie aufdrängen. Wir werden uns deshalb hier lediglich auf die Anführung einiger allgemeiner Folgerungen beschränken.

Wenn man die Nachkriegsausgaben (1925) nach dem Werte des Vorkriegsgeldes umrechnet (unter Zugrundelegung eines Anwachsens der Preise: in England um 170 Prozent, in Frankreich 450 Prozent, Belgien 530 und Italien 500 Prozent), so haben sich die Ausgaben für den personellen Bestand des Staatsapparates in England im Vergleich zur Vorkriegszeit um 30,2 Prozent, in Frankreich um 9,1 Prozent, in Italien um 23,9 Prozent erhöht, in Belgien um 2,8 Prozent verringert. Die sonstigen Ausgaben haben sich in England um 18,9 Prozent, in Belgien um 72,2 Prozent erhöht, während sie in Italien fast unverändert blieben, in Frankreich sogar um 16,7 Prozent zurückgegangen sind.

In den Nachkriegsbudgets (1925) sind ferner noch Ausgabeposten vorhanden, die mit dem imperialistischen Krieg in Zusammenhang stehen. Diese verschlingen in England 19,3 Prozent, in Frankreich 19,8 Prozent, in Belgien 19,9 Prozent und in Italien 1,7 Prozent des gesamten Ausgabenteiles des Budgets. Wenn jedoch diese Ausgaben vom Gesamtetat in Abzug gebracht werden, so zeigt es sich, daß die Verwaltungskosten in Prozenten des Gesamtetats sich erhöht haben: in England von 21,6 auf 27,8, in Frankreich von 38,2 auf 50, in Italien von 48,6 auf 52,9, während sie in Belgien von 52,7 auf 48,9 zurückgegangen sind.

Der bedeutendste Ausgabenteil entfällt auf die Zahlungen für Staatsanleihen. Diese Ausgaben (nur für innere Anleihen) betragen:

	vor dem Kriege	nach dem Kriege
	in Prozenten des Gesamtetats:	
in England	16,0	40,1
in Frankreich	19,0	33,2
in Belgien	29,9	23,6
in Italien	23,0	31,7

* Zusammengestellt vom Statistischen Amt, Berlin, 1927. — Verlag Reimar Hobbing. 574 Seiten. Preis Mark 25,—.

Für äußere Anleihen werden abgeführt: in England 5,3 Prozent, in Frankreich 5,6 Prozent, in Belgien 7,7 Prozent, in Italien 0,2 Prozent des Gesamtetats.

Auf den Kopf der Bevölkerung und in Prozenten der Gesamteinnahmen des Landes betragen diese Ausgaben für Anleihen (ohne die äußeren, jedoch mit Pensionen usw.):

	Pro Kopf der Bevölkerung in „deutscher Mark von 1913“		In Prozenten des gesamten Nationaleinkommens	
	vor dem Kriege	nach dem Kriege	vor dem Kriege	nach dem Kriege
England . . .	19,0	116,4	1,9	12,1
Frankreich . . .	23,9	81,2	3,2	11,0
Belgien	18,8	48,0	3,0	8,1
Italien	10,9	25,8	2,3	7,0

Hieraus ersieht man mit genügender Klarheit die ganze Last der unproduktiven Ausgaben (für Rentiers, Kriegsinvaliden und hohe Militärs), die gegenwärtig die Budgets und folglich auch die Volkswirtschaft beschweren.

Den Heeresausgaben dieser Länder entsprechen folgende Ziffern:

	England	Frankreich	Belgien	Italien
	in Millionen „Mark v. 1913“			
Vor dem Kriege	1499	1576	97	49,5
Nach dem Kriege	1569	917	103	490
In Prozent der Vorkriegszeit	104,7	58,2	105,9	99,5

Die Verringerung der Ausgaben für die Armee in Frankreich steht mit der Entwertung der Valuta und mit der Verbilligung des Unterhaltes der Armee in Zusammenhang.

Das Gesamtergebnis ist in folgender Tabelle zusammengestellt:

	England		Frankreich		Belgien		Italien	
	Vor dem Kriege	Pro Kopf der Bevölkerung in Vorkriegsmark						
	1925	1913	1925	1913	1925	1913	1925	1913
Nationaleinkommen	980	960	745	740	630	590	480	370
Staatsausgaben	76,6	214,5	99,1	179,2	53,1	115,8	45,1	61,1
Darunter für Anleihen, Unterstützungen, Pensionen an Invaliden usw.	22,4	118,8	31,7	106,0	22,1	56,9	14,2	28,4
Teil des Nationaleinkommens, der vom Budget verschlungen wird, nach Abzug von Posten 3	54,2	95,7	67,4	73,2	31,0	58,9	30,9	32,8
Rest d. Nationaleinkommens	925,8	864,3	677,6	666,8	599,0	531,1	499,1	337,3

Ein Vergleich des Gesamtetats mit dem Nationaleinkommen zeigt deutlich, welchen ungeheuren Einfluß die Staatsgewalt gegenwärtig auch in den kapitalistischen Ländern gewonnen hat, wo sie über einen ungeheuren Teil (in England 22 Prozent, Frankreich 24,2 Prozent, Belgien 20 Prozent und Italien 17 Prozent) des Nationaleinkommens verfügt. Wenn selbst die Aufwendungen für Anleihen, Pensionen usw. (die vorwiegend für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind) in Abzug gebracht werden, so erweist es sich auch dann, daß für die Akkumulation von Kapital ein viel geringerer Betrag bleibt, als vor dem Kriege. Daher die relativ langsame Entwicklung der kapitalistischen Staaten.